

Beurtheilung

der

N o t e ,

welche der

Kurbrandenburgische Komitial Gefandte

Herr Graf von Goerz ,

den 15ten September 1795

dem

Reichstage zu Regensburg

übergeben hat.

Von

Karl Grafen von Strengschwerd.

Regensburg den 30 Sept. 1795.

Beurtheilung

der

Noten

welche das

unterzeichnete Kommando

Herr Graf von G...
den 12ten September 1792

dem

Reichstage zu Regensburg

übergeben hat

Ich

Karl Graf von S...
Regensburg den 2. Sept. 1792

Regensburg den 2. Sept. 1792

Inhalt.

1.

Schreiben des Preussischen Staats und ge-
vollmächtigten Ministers Herrn Baron
von Hardenberg an den Franzöfischen
General Herrn Pichegru, vom 11. Julius
1795. - - - Seite 5

2.

Antwort des Franzöfischen Generals Herrn
Pichegru, vom 24. Julius 1795. 6

3.

Schreiben des obgedachten Herrn Baron von
Hardenberg an den Franzöfischen Gros-
botschafter Herrn Barthelemy vom 24.
Julius 1795. - - - 7

4.

Antwort der Franzöfischen Konvents-Depu-
tirten Herrn Merlin und Riveau an den

Herrn Baron von Hardenberg vom 7.

August 1795.

-

Seite 11

5.

Antwort des Herrn Barthelemy an Herrn

von Hardenberg vom 10. August 1795. 12

6.

Note des Kurbrandenburgischen Komitialge-

sandten Herrn Grafen von Goerz an

die Reichsversammlung zu Regensburg

vom 15. September 1795. - 15

7.

Beurtheilung dieser Note.

24

Schreiben des Königl. Preufs. Staats
und gevollmächtigten Ministers Herrn
Baron von Hardenberg an den Fran-
zöfischen General Herrn Pichegru ,
aus Mannheim vom 11ten Julius

1795.

Mein Herr General !

Ich reise nahe bei ihren Vorposten vorbei und
benütze diese Gelegenheit, Sie zu benachrichti-
gen, dafs ich auf der Reise nach Basel bin, um
dafelbst fogleich die Friedensunterhandlungen für
das teutsche Reich zu eröffnen, da der Reichstag
zu Regensburg durch einen förmlichen Schluss
die Vermittelung Sr. Majestet des Königs von
Preussen reclamirt hat. — Ich schmeichle mir von
Ihrer Denkungsart, dafs Sie diese Nachricht mit
Vergnügen lesen werden, und dafs sie dazu bei-
tragen wird, alle Feindseligkeiten gegen die Gli-
eder des Reichs auszusetzen, in dem Augenblikke,
da wir das Glück des Friedens für die Nationen
hergestellt zu sehen hoffen können.

Unterzeichnet H A R D E N B E R G.

Antwort des Französischen Generals
Herrn Pichegru, aus Illkirch vom
24ten Julius 1795.

Mein Herr Baron!

Ich danke Ihnen recht sehr für die Aufmerksamkeit, die Sie hatten, mich durch Ihr Schreiben von Mannheim zu benachrichtigen, daß Sie den Auftrag haben, für das teutsche Reich Friedensunterhandlungen zu eröffnen. — Diese Nachricht gewährt mir, wie Sie voraussehen konnten, viel Vergnügen, und ich werde den lebhaftesten Theil an den kleinsten Umständen von dem guten Erfolge Ihrer Unterhandlungen nehmen.

Je mehr ich an das Schicksal des Kriegs gewohnt bin, und je mehr ich mich mit den ihn begleitenden Uebeln bekannt gemacht habe, destomehr fühle ich die Nothwendigkeit, ihn beendigt zu sehen.

Zweifeln Sie also nicht, daß ich, soviel von mir abhängt, dazu beitragen werde.

Ich schmeichle mir, daß Ihr Ausöhnungstalent bald alle von beiden Seiten mögliche Hin-

dernisse heben wird, und dafs sie dadurch, dafs Sie das Feuer löschen, das Europa verzehrt, mir den Vortheil verschaffen werden, Ihnen zu einem für Sie so rühmlichen, für den Philosophen so interessanten, und für die Menschheit so wohlthätigen Geschäfte Glück zu wünschen.

Genehmigen Sie mein Herr Baron, die Versicherungen der Achtung und Freundschaft, die Sie mir eingeflößt haben.

Unterzeichnet P I C H E G R U

Schreiben des Königl. Preufs. Ministers Herrn Baron von Hardenberg an den französische Grosbotschafter in der Schweiz, Herrn Barthelemy, aus Basel vom 24ten Julius 1795.

U n t e r z e i c h n e t e r Staats und bevollmächtigter Minister Seiner Majestet des Königs von Preussen, hat die Ehre den Herrn Barthelemy, Grosbotschafter der französischen Republik zu benachrichtigen, dafs das teutsche Reich in corpore so eben einen Reichstagschluss abgefaßt hat, welcher beym Reichstage zu Regensburg durch alle Formen gegangen ist, um den Kaiser zu bitten,

dafs er als Oberhaupt des Reichs die nöthigen Vorfchritte mache, den Frieden zwischen gedachtem Reiche und Frankreich zu bewirken und zu beschleunigen. Das Reich hat in eben diesem Conclufum die Mitverwendung und Theilnahme Seiner Majestät des Königs von Preussen förmlich angerufen. — Seine Majestät glaubt keinen Augenblick anstehen zu dürfen, dem ehrenvollen Zutrauen seiner Mitstände zu entsprechen, erwartend, dafs der Kaiser in seiner Qualität eines Oberhauptes des Reichs, auch seinerseits die zweckmäfsigsten Maasregeln ergreife. Der König, welcher mit einer wahren Zufriedenheit alles übernimmt, was die glückliche Rückkehr der Wohlthaten des Friedens, sowohl für Teutschland als Frankreich beschleunigen kann, zweifelt nicht, dafs die Französische Republik befeelt von gleichen Gefinnungen, diesen grossen Gegenstand nicht aus eben dem Gesichtspunkte betrachten werde. Er hofft, dafs die Republik, da sie sich im eilften Artikel des Baseler Traktats anheischig gemacht hat, dafs sie die guten Dienste des Königs von Preussen zu Gunsten derjenigen Stände des deutschen Reichs, welche unmittelbar mit ihr in Unterhandlungen zu treten geneigt sein möchten, und zu sol-

chem Zwekke die Verwendung des Königs angerufen hätten, oder noch anrufen würden, anzunehmen geruhen wolle; da sie versprochen hat diejenigen am rechten Rheinufer belegenen Fürsten und Staaten des Reichs, für welche Seiner Majestet Fürbitten einlegen werde, drei Monate lang nach der Ratification des obgedachten Traktats nicht feindlich zu behandeln; da sie endlich dem größten Theile Teutschlands durch die besondere Konvention vom 17ten Mai die Neutralitet bewilliget hat; auch jezt kein Bedenken tragen wird, die wirkfame Fürsprache des Königs für das teutsche Reich anzunehmen, und auf ihre militairen Arrangemens Einfluss nehmen zu lassen, um so mehr, da Frankreich selbst daran gelegen zu sein scheint, die Communication wieder hergestellt zu sehen, und den Handel auf dem ganzen Rheine eröffnet zu bekommen, auch die ungeheuren Kosten, welche ihm die Fortsetzung der Feindseligkeiten machen muß zu entübrigen oder doch vermindert zu sehen. Der König schlägt daher ohne in das Wesen und den Grund der Unterhandlungen zu gehen, folgendes vor:

- 1) Dafs man sich eines allgemeinen Waffenstillstandes zwischen Frankreich und dem

deutschen Reiche einige, und dabei sogleich und für die ganze Dauer der Unterhandlungen, den gegenwärtigen beiderseitigen Besitzstand fort dauern lasse;

- 2) Dafs während dieses Waffenstillstandes alle Contributionen, Requisitionen, und feindliche Maafsregeln, in denen von den französischen Truppen eingenommenen teutschen Ländern und Oertern aufhören;
- 3) Dafs die Stadt Frankfurt am Mayn dem Wunsche des Reichs gemäß zum Sizze der Unterhandlungen erwählet werde; dafs sie der Bewachung durch ihre eigene Truppen anvertrauet, und dafs selbst die des Königs daraus weggezogen werden.
- 4) Dafs die französische Republik ungefäumt einen Gevollmächtigten dahin schicke, um mit dem kaiserlichen Commissaire und der Deputation, welche das Reich zu diesem Zwekke ernennen wird, über den Frieden zu verhandeln;
5. Dafs die nöthigen Maasregeln für die gänzliche Sicherheit des Briefwechsels genommen werden.

Der Unterzeichnete bittet den Herrn Grosbot-
schafter diese Preliminair - Vorschläge geneigtst
aufs baldigste dem französischen Gouvernement
zu übermachen, und dem Unterzeichneten gütigst
die Antwort mitzutheilen, welche darauf erfol-
gen wird.

Basel den 24ten Julius 1795.

Unterzeichnet, HARDENBERG.

Antwort der Französischen Konvents-
deputirten Herrn Merlin und Riveau
an den Herrn Baron von Hardenberg,
aus Strasburg vom 7ten Au-
gust 1795.

Strasburg den 2oten Thermidor, im dritten Jahr
der einen und untheilbaren Republik.

Riveau und Merlin von Thionville National-
Representanten bei der Rhein und Mo-
sel - Armee an den Herrn Baron von
Hardenberg preussischen Staats-Minister.

Mein Herr!

Ihr Schreiben vom 21ten Julii ward uns den 18.
Thermidor. Wir wünschen es auch, dass der

Oelbaum des Friedens sich unter dem Schatten der mächtigen Eiche, an welcher wir so gerne unsere Tropheen aufhiengen, weiter verbreite. Aber wir tragen die Waffen nur um unsere tapfere Brüder zum Kampfe zu führen. Wir haben kein Recht Diplomatie zu sprechen. Die Regierung allein kann unsere Fortschritte aufhalten. Sie werden schnell sein, denn sie wurden lange überlegt. Es thut uns leid Ihre Wünsche nicht erfüllen zu können. Aber wir sind mehr als irgend jemand den Gesezen die uns das Vaterland vorschreibt, unterworfen. Wir werden für selbiges kämpfen, bis es uns zurufen wird: Halt wir haben dem Reiche Frieden gegeben!

Heil und Brüderschaft den Freunden der Republik.

Unterzeichnet:

MERLIN VON THIONVILLE. RIVEAU.

A n t w o r t

des Französischen Grosbotschafters
Herrn Barthelemy, aus Basel
vom 10ten August 1795.

Ich habe dem Wohlfarths - Ausschusse des National - Konvents die Note Sr. Excellenz des Herrn Baron von Hardenberg Staats und bevoll-

mächtigten Ministers Sr. Majestet des Königs von Preussen, vom 24ten Julius einberichtet. Der Wohlfahrts - Ausschuss hat darüber berathschlagt, und trägt mir auf, dem Herrn Baron von Hardenberg zu antworten, dass er aufrichtig bereit ist in allen Gelegenheiten zur Erfüllung der Wünsche Seiner Preussischen Majestet beizutragen, weil sie nur auf das gegenseitige Interesse beider Staaten gegründet sein können, dass aber dennoch die Grundsätze die er sich zur Regel in seinem Benehmen erwählet, und in vorhergehenden Unterhandlungen hinreichend an den Tag gelegt hat, ihm nicht erlauben, unter den gegenwärtigen Umständen in einen Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem teutschen Reiche zu willigen, da er überzeugt ist, dass ein Waffenstillstand, statt die Fortschritte des Friedengeschäftes zu begünstigen, nur den Gang der Unterhandlungen die ihn vorbereiten sollen, aufhalten würde.

Die französische Regierung siehet mit Vergnügen, dass das teutsche Reich, überdrüssig eines Gegenstandes, der ihm alle Tage fremder wird, die Verwendung und Mitwirkung Seiner Preussischen Majestet zur Herstellung des Friedens mit der Französischen Republik angerufen

hat, und sie erneuert sehr gerne die Versicherung, daß sie jederzeit geneigt sein wird diese Verwendung, sowohl in Absicht des gesammten Reichs als einzeler Stände mit besonderer Bereitwilligkeit aufzunehmen. Es gewährt mir daher auch eine besondere Zufriedenheit, es dem Herrn Baron von Hardenberg, den erhaltenen Befehlen gemäß, bestätigen zu können, daß die guten Dienste Sr. Preussischen Majestet alle Wirkung haben werden, die sie davon in allem erwarten kann, was weder dem Interesse, noch der Würde der Republik präjudicirt. Es hängt also nur vom teutschen Reiche ab, sich diese freundschaftlichen Gesinnungen gegen den Hof von Berlin zu Nuzze zu machen, um unmittelbar mit der französischen Regierung eine Unterhandlung anzufangen, in welcher die Verwendung Sr. Preussischen Majestet den Reichsständen von Nuzzen sein kann. Da in den mir von Paris ertheilten Instruktionen der angetragene Waffenstillstand verworfen ist, so wird der Herr Baron von Hardenberg von selbst einsehen, daß es sich mit den übrigen Anträgen, die nur eine Folge des ersten sind, eben so verhält.

Basel den 10. August 1795.

Unterzeichnet BARTHELEMY.

N o t e,

welche der Kurbrandenburgische Komitialgesandte Herr Graf von Goerz den 15ten September 1795 dem Reichstage zu Regensburg übergeben hat.

Hochwürdige, Hoch - Hochwohl- auch Wohlgebohrne, insonders hochgeehrte Herren,

In der Anfuge gebe ich mir die Ehre, Ew. Excellenzen, Hochwürden, Hoch - Hochwohl- und Wohlgebohrnen dasjenige Pro Memoria mitzutheilen, welches Seine Königliche Majestet, mein Allergnädigster Herr, in Rücksicht der dermaligen Lage der Friedens - Angelegenheit Ihren höchst und hohen Mitständen vorlegen zu lassen, für nöthig erachten; mit der geziemenden Bitte, solches an Dero höchst und hohe Herren Principalen gelangen zu lassen.

Unter Beziehung auf dessen Inhalt ergreife ich übrigens mit besonderm Vergnügen diese erneuerte Gelegenheit, mich zu fortdauerndem

Wohlwollen und Freundschaft angelegentlichst
zu empfehlen, und die Versicherung der Hoch-
achtungsvollen Ergebenheit darzulegen, womit
ich unwandelbar zu beharren die Ehre habe:

Regensburg, den 15. Septembris 1795.

Eurer Excellenzien, Hochwürden, Hoch-
Hochwohl- und Wohlgebohrnen,

gehorsamst ergebenster und bereitwilligster
J. Eustach Graf von Schlitz genannt Goerz
Kurbrandenburgischer bevollmächtigter
Reichstags - Gesandter.

Aeufsere Aufschrift.

Denen Hochwürdigen, Hoch - Hochwohl - und
Wohlgebohrnen, Hochedlen, Vest und
Hochgelehrten, der Kurfürsten, Fürsten
und Stände bei fürwährender allgemeiner
Reichsversammlung anwesenden fürtrefli-
chen Räthen, Bothschaftern und Gesand-
ten.

Regensburg.

Pro

Pro Memoria.

Unterzeichneter Kurbrandenburgischer bevollmächtigter Komitialgesandte bei der allgemeinen Reichsversammlung hat den Auftrag erhalten, Namens des Königs Seines Allergnädigsten Herrn an dessen höchst und hohe Mitstände Folgendes zu eröffnen:

Se. Königliche Majestet von Preussen beseelt von dem lebhaftesten Wunsche, die Drangsalen des zeither so unglücklich geführten Krieges mit der Französischen Nation sobald als möglich von dem gesammten Vaterlande zu entfernen, und die künftig zur Erhohlung von denselben nöthige Ruhe durch einen baldigen und billigen Frieden gesichert zu sehen, — dabei äusserst gerührt von dem allgemein und lebhaft bezeigten Zutrauen Ihrer höchsten und hohen Mitstände, welche Allerhöchstdie förmlich und dringend ersuchten, Dero Verwendung und beihülfliche Mitwirkung zu Erreichung des allgemeinen Zweckes eintreten zu lassen, — glaubten, um diesem Vertrauen gehörig zu entsprechen und Allerhöchstihren eigenen so oft und thätig bewiesenen rein patriotischen Gefinnungen Genüge zu

leisten, keinen Augenblick veräumen zu dürfen, um noch vor Anfang der eigentlichen Friedens-Unterhandlungen, wo möglich Frankreich zu einem vorläufigen Waffenstillstande geneigt zu machen, und so das Leben und die Sicherheit des Eigentums von vielen Tausenden retten und bewahren zu können, wie auch die künftigen Negotiationen dadurch vielleicht noch zu erleichtern, wenn die Gemüther durch vorhergegangene Einstellung der Feindseligkeiten sich einander mehr zu nähern vermocht und mehr befänstiget werden könnten. Weit entfernt dabei von dem Gedanken, dem höchsten Reichsoberhaupt und Ihren hohen Mitständen auf irgend eine Art in dem Wesentlichen der zu treffenden Friedens-Unterhandlungen, im geringsten vorzugreifen zu wollen, mußten Se. Königl. Majestet allerdings erwarten, daß die Gröfse der Wohlthat und der Nutzen eines Waffenstilllandes, wenn Frankreich ihn zu bewilligen vermocht werden könnte, von allen eingesehen und gewifs mit Erkenntlichkeit angenommen werden müßte.

In Gemäfsheit dieser Grundsätze, und der darauf gestützten Hoffnungen, ertheilten Se. Kö-

nigl. Majestet Dero Staatsminister von Hardenberg den Auftrag, einen solchen — mit Einstellung aller Kontributionen und Brandschatzungen in denen vom Feinde besetzten Gegenden &c. verbundenen Waffenstillstand, für das teutsche Reich dem Französischen Bothschafter in Basel anzutragen, und diesen Antrag auf alle Art Namens Sr. Majestet zu unterstützen. Dieses geschah durch eine unterm 24ten July übergebene Note des gedachten Ministers von Hardenberg an den Französischen Bevollmächtigten Barthelemy, in welcher der erste den Inhalt des von dem Reiche unterm 3ten July gefassten Reichs - Gutachtens — den darinn lebhaft geäußerten Wunsch zum Frieden, und die nachgesuchte Verwendung und Mitwirkung des Königs, der Französischen Nation eröffnete, und (mit Ausschliessung dessen, was zu dem eigentlichen Friedens - Geschäfte gehöret, und also nach der Bestimmung des Reichs - Gutachtens dem Reichs - Oberhaupte zur Einleitung überlassen war) Namens des Königs auf einen vorläufigen Waffenstillstand mit Einstellung aller Requisitionen &c. in denen eroberten Ländern für das ganze teutsche Reich vorbereitlich antrug. —

So sehr wahrscheinlich es war, daß die Franzöfische Volksvertreter, nach den seit einiger Zeit von ihnen angenommenen gemilderten Grundsätzen, einen so gerechten, beiden streitenden Parteyen zu unverkennbarem Nutzen gereichenden Vorschlag anzunehmen nicht versagen würden; so war doch der Erfolg dieser Erwartung nicht ganz gemäß, und der Franzöfische Botschafter Barthelemy erwiederte unterm 10ten August durch eine dem Freiherrn von Hardenberg übergebene Note, daß Frankreich zwar allerdings die größte Achtung für die Verwendung des Königs hege, und jederzeit äußerst geneigt sey, seine Mitwirkung und Verwendung für das gesammte Reich und dessen besondere Stände bereitwilligst aufzunehmen, daß der gewünschte Waffenstilland indeffen deswegen nicht wohl bewilliget werden könnte, weil derselbe statt das Friedens - Geschäft zu erleichtern, nur im Gegentheil dazu dienen würde, die dazu vorbereitenden Negotiationen aufzuhalten.

Se. Königl. Majestet sehr bekümmert, daß der Erfolg dieses auf die reinsten Absichten und Wünsche gegründeten Antrags nicht Allerhöchst

ihrer patriotischen Erwartung entsprochen hat, glauben Ihren höchsten und hohen Mitständen nicht erst bemerklich machen zu dürfen, daß hiedurch die Nothwendigkeit und das Bedürfnis der möglichsten Beschleunigung eines wirklichen Friedens - Antrags an Frankreich, von Tage zu Tage dringender wird, und daß der große Zweck dem teutschen Reiche Ruhe und Sicherheit zu verschaffen, nur durch völlige Einigkeit und schnelle Maasregeln zur Pacification erreicht werden kann.

Allerhöchstihnen selbst bleibt in dieser Lage der Umstände vor der Hand und vor wirklicher Eröffnung der Friedensnegotiationen von Seiten des Reichs unter Anführung seines Oberhauptes, nichts Wesentliches für dasselbe zu thun übrig, und Sie müssen den Anfang gedachter Unterhandlungen, obgleich mit dem lebhaften Wunsch der größten Beschleunigung dieses wichtigen Geschäfts, lediglich erwarten.

So wie nun Se. Königl. Majestet immer die redendsten und unläugbarsten Beweise Ihres lebhaften Wunsches gegeben haben, in vollkommenstem Einverständniß mit Sr. Majestet dem Kaiser alles thätig anzuwenden, was zum Wohl

und zur Rettung des teutschen Vaterlandes ersprieslich seyn könnte, so wollen Allerhöchstdieselben hiedurch die Versicherung wiederholt haben, daß Sie sich auch nach Maasgabe des Allerhöchsten Kaiserl. Ratifications - Decrets nie der angelegentlichsten Verwendung und beihülflichen Mitwirkung für sich und Ihres Orts, für das gesammte Reich und auch jeden Ihrer hohen Mitstände, entziehen, sondern vielmehr alles anwenden würden, was nur zur Rettung des gesammten werthen Vaterlandes und dessen bedrängte Stände wirksam und nützlich erscheinen mögte, vorzüglich wenn durch Fortdauer der Feindseligkeiten die Gefahr dringender und bedenklicher werden sollte; wie dieses bereits in den Allerhöchsten Erklärungen vom 1ten Juni d. J. u. f. von Ihnen bestimmt ist zugesaget worden.

Se. Königl. Majestet bleiben stets gern bereit, Ihre Verwendung oder Mitwirkung wirksam eintreten zu lassen, jedoch werden Allerhöchstdieselben es hiebei mit unter Ihrer Würde halten, solche da auf irgend eine Art aufzudringen, wo sie nach den politischen Verhältnissen nicht für nothwendig, rathsam, oder thunlich angesehen werden könnte. Es werden Se. Kö-

nigliche Majestet demnach die hier geäußerten Grundsätze schlechterdings zur Richtschnur Ihrer weiter zu ergreifenden Maasregeln machen, und wenigstens die Beruhigung davon tragen, Ihrer Seits alles Mögliche gethan zu haben, um dem teutschen Reiche die Wohlthaten des Friedens wieder zu verschaffen.

Regensburg den 15ten Sept. 1795.

J. EUSTACH GRAF VON SCHLIZ genannt GOERZ,
Kurbrandenburgischer bevollmächtigter
Reichstags - Gefandter.

Beurtheilung vorstehender Note.

Des Königs von Preussen Majestet hatten in Ihrem den 5ten April 1795 zu Basel mit Frankreich geschlossenen Friedenstraktat, und zwar in dessen eilften Artikel sich von Frankreich folgendes Versprechen geben lassen:

„Die Französische Republik wird die guten Dienste Sr. Majestet des Königs von Preussen geneigt aufnehmen, zu Gunsten derjenigen Fürsten und Stände des teutschen Reichs, welche mit der Republik unmittelbar unterhandeln wollen, und zu diesem Zwecke, bereits die Verwendung des Königs angerufen haben, oder noch anrufen werden. Die Französische Republik, um seiner Majestet dem Könige von Preussen den ersten Beweis des Verlangens zu geben, womit sie die alten Freundschaftsbande die zwischen beiden Nationen statt hatten, zu erneuern wünschet, verspricht in einem Zeitraume von drey Monathen nach der Ratification des gegenwärtigen Traktats nicht feindlich zu behandeln, diejenigen am rechten Ufer des Rheins belegenen Fürsten und Stän-

„de des Reichs, für welche sich der König
von Preussen verwenden wird.“

Sr. Majestet der König von Preussen machten Ihren Mitständen diesen ganzen Friedens-
traktat vom 5ten April 1795 durch die Erklärung
vom 1ten Mai 1795 bekannt.

In dieser Erklärung sagten Se. Majestet, daß
Sie in gedachtem Friedenstraktate dem teutschen
Reiche eine vorzügliche Fürsorge hätten zu theil
werden lassen. Sie hätten dem Reiche noch
nicht einen förmlichen wirklichen Frieden ver-
schaffen können, weil es ihnen theils an einer
Autorisation von Seiten des Reichs, theils an
einer nähern Kenntniss der gewünschten und
überall anwendbaren Friedensbedingungen gefehlt
habe; sie hätten aber bei den an Sie gelangten
Gesuchen mehrerer Stände alles gethan was von
ihnen abhängen könne; sie hätten von der Fran-
zösischen Republik eine günstige Bestimmung
erhalten für alle diejenigen Reichsstände, wel-
che binnen drei Monaten der Republik Friedens-
anträge thun, und für welche Sr. Majestet sich
dieserhalb verwenden würden. Nach einem be-
sondern Abkommen sei auch schon durch eine
gewisse Neutralitätslinie allen Kriegsunterneh-
mungen eine Grenze gesetzt: Solchergestalt

werde allen teutschen Reichsständen die Hand zum Frieden geboten; der König hoffe die Stände würden dies Anerbieten nicht verschmähen, und er verspreche allen denen, die sich mit Friedenswünschen unmittelbar an Frankreich wenden und dabei seine Unterstützung verlangen würden, selbige aufs feierlichste und kräftigste. Endlich versicherte er dem Reiche, daß er ihm den Weg des Friedens mit patriotischer Sorgfalt gebahnt habe, und er überließe dem Reiche zu völliger Erreichung desselben, die eröffnete günstige Ausichten, die dargebotene Unterstützung des Königs, und die gemäßigten billigen Gefinnungen und Grundsätze der Französischen Republik zu benützen.

Der Separatfriede Preussens veranlaßte das Kaiserliche Kommissionsdekret vom 19 Mai 1795 worinn Se. Majestet der Kaiser das Reich aufforderten, Ihnen über die Einleitung des Reichsfriedens ein Gutachten abzugeben. Dieses Reichs-Gutachten erfolgte den 3ten Julius und enthielt: „daß der beharrliche Wunsch und Entschluß „des Reichs dahin gerichtet bleibe, in ungetheil- „ter unwandelbarer Vereinigung sämmtlicher „Reichsstände mit dem Reichs-Oberhaupte, einen „allgemeinen Reichsfrieden im Wege der Kon-

„stitution, und durch denselben Wiederherstel-
 „lung der Integritet seines Gebietes, und Sicher-
 „heit seiner Verfassung je eher je besser auf ei-
 „ne dauerhafte Art zu erhalten; daß die Ge-
 „neigtheit und Bereitwilligkeit des Reichs zu
 „Eröffnung der Friedensunterhandlungen an
 „Frankreich zu erklären, über die Zeit und den
 „Ort der wechselseitigen Zusammenkunft ein
 „Uebereinkommen zu treffen, und die erste Ein-
 „leitung lediglich Sr. Majestet dem Kaiser auf die
 „Art, welche Seiner Weisheit am angemessen-
 „sten dünke, in ehrerbietigem Vertrauen an-
 „heim zu lassen, Sr. Majestet jedoch zu ersu-
 „chen, daß Sie die Friedenseinleitung in Ihrem
 „und des Reichs Namen machen, selbige be-
 „schleunigen, Frankfurt oder eine andere Stadt
 „zum Friedenskongressorte vorschlagen, für Si-
 „cherheit des Kongressortes ein Abkommen be-
 „wirken, wo nicht einen Waffenstillstand, doch
 „eine Einstellung aller Lieferungen und Verhee-
 „rungen verschaffen, und vom Gange der Ver-
 „handlungen der Reichsversammlung Nachricht
 „zu geben geruhen möchten.“

In Absicht der von dem Könige von Preu-
 ssen dem Reiche angetragenen Verwendung zu
 Erreichung eines allgemeinen Reichsfriedens,

ward mit Uebergehung der Königl. Preussischen Aufrufungen an die teutschen Reichsstände zu separaten Friedensunterhandlungen unter Preussischer Vermittelung, dahin angetragen, daß „zur gewissen Erreichung des allgemeinen Reichs-
 „friedens Sr. Majestet dem Könige von Preussen
 „das zuversichtliche Vertrauen und der Antrag
 „des Reichs zu erkennen zu geben sey, daß
 „Höchstieselbe zur Erreichung eines allge-
 „meinen, die Integritet und die Verfassung des
 „Reichs sichernden Friedens, nach Ihren öftern
 „freywilligen trostvollen Versicherungen Ihre bei-
 „hülfliche Verwendung und Mitwirkung eintre-
 „ten zu lassen geruhen werden.“

Des Kaisers Majestet ratificirten durch Ihr Allerhöchstes Dekret vom 29ten Julius 1795 das Reichsgutachten vom 3ten Julius, nahmen es in Gnaden an, daß das Reich in ungetheilter unwandelbarer Vereinigung sämmtlicher Reichsstände mit dem Reichsoberhaupte einen allgemeinen Reichsfrieden im Wege der Konstitution, und durch denselben Wiederherstellung der Integritet seines Gebiets suchen wolle, Se. Majestet übernahmen die Allerhöchst denenselben in ehrerbietigstem Vertrauen übertragene erste Friedenseinleitung, erklärten daß sie bereits Anord-

nungen wegen Beschleunigung des Reichsfriedens getroffen hätten, von deren Erfolge sie dem Reiche zu seiner Zeit weitere Nachricht geben würden; ob ein Waffenstillstand bewirkt werden könne, das lasse sich erst nach Eröffnung der Friedensunterhandlungen beurtheilen, Se. Majestet aber würden es an zweckmäßigen Anträgen, wegen Einstellung oder Mäßigung der feindlichen Forderungen und Verheerungen nicht ermangeln lassen. Wegen der Preussischen Verwendung erklärten sich Se. Majestet der Kaiser, daß nicht solche politische Verhältnisse eingetreten wären, welche geradezu die Annahme eines mit den erforderlichen Eigenschaften der Geschiklichkeit, Klugheit, Redlichkeit und Unparteilichkeit zwischen den streitenden Theilen ausgezeichneten Vermittlers, noch die besondere Verwendung eines dritten räthlich machten, jedoch wollten Se. Majestet in so fern nur dadurch nicht die unmittelbaren Friedensunterhandlungen zwischen dem Reichsoberhaupte mit Zuthun der deputirten Stände und den Bevollmächtigten Frankreichs, und die Reichsverfassungsmäßige Behandlungsart in allen andern Punkten behindert würde, gerne dem Wunsche der Reichsstände statt geben, und mit Ihrer Reichsober-

hauptlichen Genehmigung nicht entstehen, wenn des Königs in Preussen Majestet sich auch Ihrer Seits bei Frankreich, nach ihren öftern freiwilligen Versicherungen auf die von dem Reiche bedingte und bestimmte Basis verwenden, und auf solche Art in Folge des von den Reichsständen geäußerten zuversichtlichen Vertrauens zu Erreichung eines allgemeinen, die Integritet und Verfassung des Reichs sichernden Friedens für sich beihülflich mitwirken würden.

Durch dieses Kaiserl. Dekret hätte der Gegenstand der Preussischen Verwendung sehr füglich beigelegt werden können. Wenn das teutsche Reich mit einem Feinde in Friedensunterhandlungen tritt, hat jeder teutsche Reichsstand das Recht zum Friedenskongresse Gesandte zu schicken, und durch sie sein ganzes Interesse wahrnehmen zu lassen. Wer würde dies Recht dem Könige von Preussen dem Mächtigsten Reichsstande Teutschlands nächst dem Kaiser streitig gemacht haben? Der König von Preussen ist als solcher, ein vom teutschen Reiche ganz unabhängiger Souverain, wer konnte ihn hindern als solcher sich für jeden der in Krieg befangenen Theile zu verwenden? Welcher

Staat wird freundschaftliche Verwendung eines mächtigen Monarchen ohne Dank erkennen?

In so fern aber des Königs von Preussen Majestet einzelnen teutschen Reichsständen anmutheten in diesem Reichskriege, separate Frieden zu schliessen, und die Sache des Reichs zu verlassen, mußten der Kaiser und das Reich sich dem als konstitutionswidrig, als zuwider den ersten Begriffen von Einheit und Selbstständigkeit eines Staates widersetzen; und wenn des Königs von Preussen Majestet sich dem ganzen Teutschen Reiche als Vermittler anboten, in eben dem Augenblicke, wo sie als Teutscher Reichsstand einen konstitutionswidrigen Separatfrieden selbst machten, und andere Mitstände zu gleichen Brüchen der Konstitution aufmunterten, so mußte eben dadurch dem Reichsoberhaupte, das zur genauesten Bewachung der teutschen Konstitution durch seinen Eid verpflichtet ist, die Preussische Vermittelung bedenklich scheinen. Reden, die im Nationalkonvente bei Gelegenheit des Preussischen Separatfriedens von den Mitgliedern der Regierungs-Comités gehalten, und unter Auctoritet der Französischen Regierung gedruckt wurden, worinn geradehin angekündigt wurde, daß Frankreich dem Könige von Preussen im teut-

schen Reiche ein Uebergewicht über das konstitutionelle Reichsoberhaupt verschaffen wollen, mußten dem Kaiser noch mehr Mistrauen gegen die Preussische Verwendung geben. Dazu kam noch, daß mehrere Preussische Schriftsteller unter den Augen des Preussischen Gouvernements, mit einer unglaublichen Unverschämtheit behaupteten, daß Preussen gar keine Verbindlichkeit habe dem Kaiser zum Besitze der Niederlande wieder zu helfen. — „Die lächerliche Verpflichtung die Preussen haben soll, dem Kaiser die Niederlande erobern zu helfen, gleich als ob beide Monarchen sich ihre Staaten garantirt hätten — wird in Paris Lachen, und in Teutschland wenig Aufmerksamkeit erregen.“ — Das sind die eigenen Worte eines insolenten Lügners, der neulich, etwas über den Krieg in kauderwelschem Teutsch aus Palestina geschrieben hat. Solche Ignoranten, die nicht einst wissen, daß der König von Preussen den 27ten Julius 1790 zu Reichenbach die Niederlande dem Hause Oesterreich garantirt hat, und daß der König von Ungarn und Böhmen, und der König von Preussen, sich noch in dem Allianztraktate vom 7ten Februar 1792. alle ihre Staaten gegenseitig garantirt haben, mischen sich in die Politik,

tik, und führen durch freche Lügen die öffentliche Meinung irre. Aber wenn solche niedrige Schriften von Preussischen Staatsbedienten geschrieben und mit rastloser Thätigkeit verbreitet werden, wie soll da noch in Wien der Preussischen Verwendung einiges Vertrauen gegönnt werden können?

Da indeffen viele teutsche Fürsten ihr momentanees privat und provincial Interesse dem allgemeinen permanenten Nationalinteresse, und der Rettung ihrer von Frankreich vernichteten Mitstände vorzogen; da diese Fürsten in ihrem Kleinmuthe, aus dem bisherigen übeln Erfolge eines von Oesterreich und Preussen gemeinschaftlich geführten Krieges, auf den noch üblern Erfolg des von Oesterreich allein zu führenden Krieges, falsche Schlüsse mit vieler Uebereilung machten; da sie nicht erwägen wollten, wie viel zeither Frankreich, durch den unbesonnenen Weise von ihm angefangenen Krieg, verloren habe; da sie sich nicht überzeugen konnten, daß die tapfern Oesterreichischen Heere, diese erste Phalangen Europens, den Krieg ganz anders leiten würden, sobald sie nur selbstthätig, und ohne durch die bey alliirten Armeen unvermeidliche Widersprüche und Hin-

dernisse weiter gelähmt zu werden, gegen die Franzosen fechten könnten; daß die Oesterreicher die Franzosen, so oft sie selbe angreifen möchten, auch schlagen würden: da diese Fürsten, durch ihre so irrige Kaytüle verleitet, sich schmeichelten, durch Preussische Mitverwendung, Teutschlands Integritet und Konstitution, schneller als durch Standhaftigkeit des Kaisers hergestellt zu sehen, so war es ein großer Schritt Seiner Majestet des Kaisers zur Herstellung des allgemeinen Friedens, daß sie die Preussische Mitverwendung nicht verwarfen, sondern auf eine der teutschen Konstitution unnachtheilige Art annahmen. Dieser Schritt hätte das Preussische Kabinet, wenn ihm sonst der allgemeine Friede am Herzen lag, dem Wiener Kabinette nähern können und sollen. Allein ehe noch das Kaiserliche Ratificationsdekret vom 29. Julius erfolgte, nahm schon der Preussische Minister Herr Baron von Hardenberg die so auffallend dem Friedensgeschäfte nachtheilige Schritte vor, welche wir oben Seite 5. und 7. dem Leser vorgelegt haben.

Der Herr von Hardenberg gieng nemlich anfangs Julii von Berlin nach Basel, dem Orte der Preussischen Unterhandlungen mit Frankreich, zurück.

Das obgedachte Reichsgutachten erfolgte den 3. Julius. Am 11. Julius war Herr von Hardenberg schon in Mannheim. (Seite 5.) Mannheim ist 72 teutsche Meilen von Berlin entfernt. Herr von Hardenberg ist also sogleich, wie er nur durch Kuriere hat vom Inhalt des Reichgutachtens benachrichtiget werden können, nach Basel geeilet. Er that das, wie aus seinem eigenen Geständnisse, Seite 5, zu ersehen ist, um die Friedensunterhandlungen für das teutsche Reich zu eröffnen. Er machte sich also vorseztlich zum Zweck, diese Friedensunterhandlungen einseitig einzuleiten, ehe noch eine Erklärung Sr. Majestet des Kaisers auf das Reichsgutachten vom 3. Julius möglich war.

Hiebei kann sich der aufmerksame Beobachter unmöglich folgender Schlüsse erwehren. Zuförderst wenn es Preussen ein Ernst ist, Frieden zu stiften, so muß es eine gleiche Gefälligkeit, gleiche Ergebenheit für Oesterreich und Teutschland, als für Frankreich beweisen. Denn beweiset es für einen der kriegführenden Theile mehr Parteylichkeit als für den andern, so wird es dem Theile, von dessen Seite es sich sichtbar abneiget, verdächtig, und verhindert seinen Vorstellungen bey demselben das nöthige Zutrauen.

Brüskirt es sogar eine der Parteyen, unter welchen es Friede stiften will, so kann sein Zweck nicht Friede seyn, er ist Verwirrung und Menschenelend. So lange also Preussen, in eben den Fortschritten, die es Friedensunterhandlungen nennt, den Kaiser beleidigt, so kann sein Zweck nicht Herstellung der Ruhe sein. Und da Preussen für sich allein zu schwach ist, dem Monarchen Oesterreichs zu trotzen, so muß man entweder glauben, daß Preussen in den Beleidigungen des Kaisers voraussetzt, daß der Kaiser sie ertragen wird, so lange er mit Frankreich Krieg hat, und daß Preussen, nach hergestelltem Frieden mit Frankreich, diese Beleidigungen denkt vergessen machen zu können; oder man muß annehmen, daß Preussen schon jetzt mit Frankreich alliirt ist, und den Kaiser reizen will, auch Preussen den Krieg anzukündigen.

Nach diesen so festen Schlüssen fällt einem aufmerksamen Beobachter noch weiter in die Augen, daß die Zwecke des Königs von Preussen, beim künftigen Frieden, mit denen des Kaisers nicht übereinstimmen müssen. Denn stimmten sie überein, warum würde der König von Preussen, einmal seine Verwendung bei Frankreich, die freiwillig, außerordentlich und

unverpflichtet ist, dem Reiche und seinen einzelnen Ständen anbieten und anempfehlen, ohne sie der pflichtmäßigen, konstitutionellen und also ordnungsmäßigen Verwendung des Kaisers zu unterordnen? Stimmt beyder Souveraine Zwekke völlig überein, warum würde wohl zweitens der König von Preussen seine Verwendungen bey Frankreich, sämmtlich ohne vorgängige Rücksprache mit dem Kaiser machen? Stimmt die Zwekke überein, warum wartete Herr von Hardenberg drittens mit seinen Friedensunterhandlungen, die doch nur accesoria einer Haupthandlung werden sollten, nicht die dem Kaiser übertragene Haupthandlung ab?

In dieser unerwarteten Voreiligkeit des Preussischen Kabinets, in diesem Streben, dem Kaiser überall vorzugreifen, muß dem aufmerksamen Beobachter eine absichtliche Bemühung, das Ansehen des Kaisers zu schmälern, in die Augen fallen; muß ihm auffallen, eine Uebereinstimmung der Preussischen und Französischen Benemungen, um dem Könige von Preussen ein konstitutionswidriges Uebergewicht im teutschen Reiche zu verschaffen

Und wenn denn augenscheinlich ist, daß die Zwekke des Kaisers und des Königs von

Preussen, beim allgemeinen Frieden mit Frankreich, nicht übereinstimmen, daß sie sich vielmehr gerade entgegen gesetzt find, daß sie einem geheimen Bruche beyder Mächte gleichen; so fragt der denkende Beobachter und der ums Wohl der Menschheit besorgte Weltbürger weiter mit Aengstlichkeit: worinn diese Zwekke unterschieden seyn können, und wohin diese Abweichung wohl führen werde?

Des Kaisers Zwek, das ist alle Antwort, die man sich bisher nach den vorliegenden Akten geben kann, ist offen angekündig. Der Kaiser nennt ihn Aufrechterhaltung der Integritet Teutschlands und seiner Konstitution. Preussens Zwekke dagegen sind noch in tiefes Dunkel gehüllet. In der Erklärung vom 1. May, sagt der Preussische Hof: „er kenne nicht die überall gewünschten und überall anwendbaren Friedensbedingungen“? Er wufste aber schon damals aus so vielen Reichstagsverhandlungen, daß das teutsche Reich eben die Zwekke habe, als der Kaiser, nemlich, Integritet der Grenzen und der Verfassung des Reichs; dieser Mangel des Preussischen Hofes an näherer Kenntniß, kann also nicht von

Kenntniß der gewünschten Friedensbedingungen überhaupt, sondern nur von Kenntniß derjenigen gewünschten Friedensbedingungen zu verstehen seyn, welche der Preussische Hof für überall anwendbar hält. Er gestehet also schon in der Erklärung vom 1. May 1795 dem Reiche ein, daß er die allgemein gewünschte Integritet Teutschlands und seiner Konstitution nicht für überall anwendbar halte; er gestehet ein, wie gleichfalls hieraus ganz unleugbar folget, daß diese Unanwendbarkeit auf Frankreich und Preussen Bezug hat; daß folglich zwischen Frankreich und Preussen schon wirkliche Abreden existiren, welche der allgemein in Teutschland gewünschten Integritet Teutschlands ungünstig sind.

Diese Abreden können nur die von den Franzosen in diesem Kriege eroberten teutschen Provinzen betreffen. Sie können nur eine Ausdehnung der Französischen Grenzen zum Gegenstande haben. Diese Ausdehnung kann sich nur auf Kosten Oesterreichs, zu dessen Staaten der Burgundische Kreis gehört, und auf Kosten der transrhenanischen teutschen Stände bewirken.

Wer sich dazu verwendet, die Abreißung einer Provinz von einem Staate zu bewirken, wird ein Feind dieses Staats. Preussen also,

wenn es sich der Integritet Teutschlands nicht mit Offenheit und Macht annimmt, handelt feindselig gegen das Teutsche Reich und den Oesterreichischen Staat,

Kein Staat läßt sich Provinzen entreißen, als durch Uebermacht. Das teutsche Reich ist des Geistes seiner Fürsten wegen, der sie zu Gleichgültigkeit gegen teutsches Nationalinteresse verleitet; völlig außer Stande, sich zu vertheidigen, und wenn ein Nachbar Teutschlands, es mit dem bloßen Reiche, ohne Kaiser und Preussen zu thun hätte, so müßte Teutschland sich, so wie es dem Nachbar gefiele, zwischen Elbe und Oder, oder zwischen Elbe und Weser zusammen drängen lassen. Teutschland ohne den Kaiser, kann sich also auch nicht widersezzen, wenn Frankreich mit Preussens Genehmigung, ihm Provinzen entreißen will. Teutschland mit dem Kaiser aber, kann Frankreich und Preussen zusammen genommen, zwingen, wenn sie ihm Länder entreißen wollen. Und auch ohne Teutschland, fürchtet die Oesterreichische Monarchie keine Uebermacht. Weder Frankreich allein, noch Preussen allein, noch Frankreich und Preussen zusammen genommen, können sich solch einer Uebermacht rühmen. Wenn also Preus-

sen und Frankreich über Ausdehnung der Französischen Grenzen auf Kosten Oesterreichs und Deutschlands einig sind, so müssen sie diesen ihren Willen erst durch die Gewalt der Waffen geltend machen, und sich zum Kriege mit Oesterreich verbünden, und diesen Krieg so lange fortführen, bis Oesterreich gezwungen wird, von ihnen Gesetze anzunehmen. Da nun ein solches Vorhaben nicht in einem oder zweyen, nicht einst in mehreren Feldzügen ausführbar ist; da die Franzosen jetzt schon, diesseits des Rheins, die Ueberlegenheit Oesterreichischer Tapferkeit und Clairfaischer Talente fühlen; da überdies die Bündnisse Oesterreichs mit England und Rußland, auch diese Mächte an Oesterreichs Uebergewicht fesseln; so ist jede Abrede Preussens und Frankreichs, über Schmälerung der deutschen Grenzen, für den Grund einer Verlängerung dieses unglücklichen Krieges zu achten, und zwar für den Grund einer sehr gewagten Kriegsverlängerung.

Dieser unwiderlegliche Beweis, auf eigene Preussische Geständnisse gestützt, wirft also über alles Preussische Bestreben, einen Frieden für Teutschland, ausserhalb des konstitutionellen Weges, stiften zu wollen, einen sehr schwar-

zen Schatten, und macht daher schon im voraus die Vorschritte des Herrn von Hardenberg zu einem so schädlichen Zwekke, tadelnswerth.

Allein wir müssen sie noch mehr, sowohl in Zweck als Ausführung tadeln, wenn wir sie näher betrachten.

Herr von Hardenberg verwandte sich an drey Orten, um die dem Kaiser vorgegriffene Friedensunterhandlungen einzuleiten, bey dem Französischen General Pichegrü, bey den Deputirten des Nationalkonvents, und bey dem Französischen Minister zu Basel. An den General Pichegrü wandte sich Herr von Hardenberg schon den 11. Julius; ohne Antwort von ihm abzuwarten, wandte er sich den 21. Julius an die Konventskommissarien, und ohne von diesen und dem Herrn Pichegrü Antwort abzuwarten, endlich den 24. Julius an den Minister Herrn Barthelemy.

Von diesen Verwendungen geschahen die ersten beyden offenbar an inkompetente Stellen. Wer kann sich einbilden, daß ein Befehlshaber einer Armee, auf blosses Ansuchen eines Negociateurs einer vermittelnden Macht, und ohne vorgängige Befehle seines Souverains, Kriegsunternehmungen sistiren wird? Wer kann sich

einbilden, daß Kommissarien, welche blos zur Aufsicht militärischer Operationen autorisirt sind, die Grenzen ihrer Gewalt überschreiten, und den Krieg, dessen zwekmäßige Betreibung sie bewirken sollen, auf ein Anfinnen einer nicht kriegführenden Macht, ohne Befehl ihrer Kommittenten aussetzen werden?

Sowohl Herr Pichegrü als die Konventsdeputirten, hätten ohne Entschuldigung ihren Kopf verwirkt gehabt, wenn sie dem Anfinnen des Herrn von Hardenberg hätten willfaren wollen.

Man kann von Herrn von Hardenberg vernünftiger Weise nicht annehmen, daß er einen solchen Fehlschritt aus Unwissenheit vorgenommen haben wird. Um also seinem Benemen Konsequenz zu verschaffen, muß man annehmen, daß er geglaubt hat, der Französische General habe Befehl, die Konventsdeputirten hätten Vollmacht, auf eine Requisition des Herrn von Hardenberg, die Feindseligkeiten zu sistiren; und man muß annehmen, daß dieser, freilich nach den erhaltenen Antworten, irrige Glaube des Herrn von Hardenberg, sich auf irrige Benachrichtigungen gegründet haben muß. Allein, wenn wir dieses auch alles annehmen wollen, wie wir es sehr gerne, aus Billigkeit gegen

Herrn von Hardenberg, annemen, so fällt noch weiter recht sehr auf, wie Herr von Hardenberg, so bestimmt dem Herrn Pichegrü melden konnte, er gehe nach Basel, allda Friedensunterhandlungen fürs teutsche Reich zu eröffnen, er hoffe den Frieden herzustellen. Herr von Hardenberg ist gewiss unfähig durch eine vorsezlich falsche Nachricht einen französischen General zu hintergehen, also müssen wir annemen, Herr von Hardenberg hat alles geglaubt, was er an Herrn Pichegrü geschrieben hat. Herr von Hardenberg hat also geglaubt, der Minister Barthelemy werde mit ihm Friedensunterhandlungen fürs teutsche Reich eröffnen, ohne zu fragen, was für Vollmacht Herr von Hardenberg vom teutschen Reiche aufzuweisen habe; Herr von Hardenberg hat wirklich geglaubt, Herr Pichegrü und die Konventsdeputirten würden gleichfalls, auf seine bloße Versicherung, daß er diese Friedensunterhandlungen zu eröffnen nach Basel gehe, sogleich den Krieg sistiren.

Ob wir nun gleich sehr gerne annemen, daß Herr von Hardenberg das alles geglaubt hat, so wüßten wir doch, daß er — um der Schwachen willen, welche ihn nicht mit solcher Bil-

ligkeit als wir beurtheilen, und welche behaupten, daß er sich durch die Anfragen bey Herrn Pichegrü und bey den Konventsdeputirten compromittirt hat, — es bekannt machen wolle, durch welche irrige Informationen, er zu so irrigen Voraussetzungen verleitet ist.

Die Verwendung des Herrn von Hardenberg bey dem Herrn Barthelemy, war die einzige regelmässige, auch hatte sie allein den Erfolg, dem Herrn von Hardenberg, eine zur Sache gehörige Antwort zu verschaffen. Denn die Antworten der Konventsdeputirten und des Hn. Pichegrü enthalten nichts, als die sehr natürliche Belehrung, daß Herr von Hardenberg sich an sie irrig gewendet habe.

Allein auch dieser Schritt, den Herr von Hardenberg bey dem Herrn Barthelemy that, enthielt sehr wesentliche Fehler. Er gab das Reichstagsgutachten vom 3. Julius, für einen durch alle Formen gegangenen Reichstagschluss aus, und ihm fehlte doch die wesentlichste Form, die Ratifikation des Kaisers. Er sprach dem Herrn Barthelemy, statt von Annahme der Preussischen beyhülflichen Verwendung und Mitwirkung, für einen Teuschlands Integritet und Verfassung sichernden Frieden, von einer

förmlichen Reklamation Preussischer Mitverwendung und Theilname. Er kündigte dem Herrn Barthelemy an, daß sein König alles übernehme, was die Rückkehr des Friedens beschleunigen könne, ohne zu bemerken, daß dazu Befriedigung des Kaisers gehöre, und daß die Einleitung des Friedenswerks lediglich dem Kaiser überlassen sey. Er machte in seinem Anschreiben einen Sprung von Verwendungen, die bisher für einzelne Fürsten angenommen waren, auf Fürsprache für das gesammte teutsche Reich. Er leitete den Frieden ohne Kaiser ein, den das Reich durch den Kaiser eingeleitet haben wollte. Er schlug Dinge im Namen des Reichs vor, worüber noch gar nicht vom Reiche berathschlagt war. Er gieng in das ganze Detail der ersten Friedenseinleitung, ohne alle Vollmacht.

Was soll ein unpartheyischer Beobachter und ein billiger Richter von dem allem denken?

Herr von Hardenberg stellte offenbar dem Französischen Minister die Lage der Sachen falsch vor. Wir wollen noch annehmen, weil wir gewiß geneigt sind, Herrn von Hardenberg für einen Mann zu halten, der seine persönliche Ehre schätzt, der mithin unfähig ist, vorzüglich zu lügen, der noch mehr unfähig ist, in

so wichtigen, das Wohl ganzer Nationen betreffenden Angelegenheiten vorsezlich zu hintergehen, — wir wollen also annehmen, Herr von Hardenberg hat das, was beym Reichstage vorgegangen war, nicht besser gewust, als er es dem Herrn Barthelemy vortrug.

Aber wie läst sich das entschuldigen, daß Herr von Hardenberg sich einbilden konnte, daß der Französische Minister mit ihm für das teutsche Reich negociiren werde, ehe Herr von Hardenberg, ihm den Willen des teutschen Reichs vorlegte? Wenn Herr von Hardenberg diese Einbildung hatte, so mußte er nicht so, wie es Seite 7 geschehen ist, an Herrn Barthelemy schreiben. Freilich wäre es ein überaus glüklicher Erfolg für Preussen gewesen, wenn die Konventsdeputirten, wenn Pichegrü und Barthelemy, Hardenbergs Gesuche sogleich bewilliget, mithin den Waffenstillstand erklärt, den Statum quo angenommen, alle Requisitionen und Feindseligkeiten in den eroberten Ländern eingestellt, und einen Gesandten nach Frankfurt geschickt hätten. Denn wenn alsdann der Kaiser den Waffenstillstand nicht bewilliget, und Frankfurt nicht zum Kongressorte angenommen hätte, ohnerachtet beyde Weigerungen unbe-

denklich weise gewesen wären, so hätte doch Preussen alsdenn, mit sehr vielem Scheine den Schwachen, die nur auf den heutigen Tag, und nicht auf die Folgen sehen, einbilden können, der Kaiser sey es, der den Frieden vorsezlich hindere.

Allein um sich eines solchen glüklichen Erfolges zu schmeicheln, was mußte sich Herr von Hardenberg für Leute, unter Merlin, Riveau, Pichegrü und Barthelemy denken?

Wir haben nicht nöthig, uns weiter auf Beurtheilung der Hardenbergischen Schritte einzulassen; unser Zweck ist, wie das Titelblatt ankündigt, die Note, welche den 15ten September von der Kurbrandenburgischen Gesandschaft dem Reichstage zu Regensburg übergeben ist, zu prüfen. Nur in so fern, als wir diesen Zweck nicht erreichen konnten. ohne einem verehrungswürdigen Publikum, die Hardenbergischen Schritte, auf welche die Note sich beziehet, aktenmässig vor Augen gelegt zu haben, sahen wir uns genöthigt, auch des Herrn von Hardenbergs Arbeiten mit zu beurtheilen.

Es sind übrigens diese Hardenbergische Verhandlungen bereits in mehreren uns zu Händen gekommenen Schriften hinlänglich beurtheilt

theilt, obwohl es mit mehrerer Härte und Intoleranz geschehen ist, als wir uns in unsern Schriften zum Gesetz gemacht haben.

Ein *Gutachten eines Komitial-Gesandten zu Regensburg*, über die *Maasregeln*, welche die *Würde des heiligen Römischen Reichs* gegen den *Baron Karl August von Hardenberg* erheischt. *Regensburg den 31. August 1795*, nennt die obgedachten Hardenbergischen Verhandlungen Verbrechen gegen das teutsche Reich, und will den Reichsfiscal gegen den Baron Hardenberg aufgerufen haben. Ob mit Beifall der Reichsgesetze oder nicht, überlassen wir als zu unserm Zwekke nicht gehörig, dem Urtheile der teutschen Publicisten; dazu soll nach einer öffentlichen Erklärung eines andern, von uns sehr hochgeschätzten Komitialgesandten dies fliegende Blatt nur eine Ironie seyn.

Eine *Denonciation au Comité du salut public à Paris*, faite par un Citoyen de Strasbourg, que le Baron de Hardenberg Ministre Prussien est un faussaire. *Strasbourg ce 18. Septembre 1795*. wovon auch eine teutsche Uebersetzung heraus gekommen seyn soll, versichert dem Wohlfartsausschusse zu Paris, mit französischer Offenherzigkeit, daß die Würde der französischen Nation nicht erlaube, mit einem Negociateur zu

unterhandeln, der sich in seinen officiellen Vorschriften, fälschliche Vorstellungen erlaube. Auch dieser Ausspruch liegt auſſer den Grenzen unſerer Beurtheilung, indem wir nur das Intereſſe unſers teutiſchen Vaterlandes und nicht das der franzöſiſchen Republik vor Augen haben.

Eine dritte Schrift hat zum Titel: *Epistel an den jungen Mann, der an Teutſchlands Reichsſtände ein Wort zu ſeiner Zeit verfaſſet hat.* — Ihr ſind beigeſeſet, Briefe des Preußiſchen Miniſters von Hardenberg, des franzöſiſchen Groſſbotenſchafters Barthelemy, und der Konvents-Deputirten Merlin und Riveau. Regensburg im Auguſt 1795. In dieſer Schrift, die eigentlich, wie ſchon der Titel zeigt, gegen eine andere preußiſche Schrift gerichtet iſt, und ſelbige äußerſt ſcharf behandelt, findet ſich auch Seite 65 bis 84. eine Beurtheilung der Hardenbergſchen Verhandlungen. Da jene Epistel in jedermanns Händen iſt, ſo wird ſie das aufgeklärte Publicum, ohne unſere beihülffliche Mitwirkung zu beurtheilen wiſſen.

Wir wenden uns alſo gegenwärtig gerade zum Hauptzwecke unſerer Schrift, zur Kritik der oben, Seite 15, befindlichen Note des Kur-

brandenburgischen Herrn Komitialgesandten an den teutschen Reichstag.

In dieser Note werden die Schritte des Herrn von Hardenberg zu Einleitung des Reichsfriedens, statt, wie manche Personen vermuthet hatten, desavouirt zu werden, vielmehr förmlich für Schritte, die des Königs von Preussen Majestet befohlen hatten, anerkannt.

Es wird dem Reiche von selbigen öffentliche Nachricht gegeben, und in dieser officiellen Nachricht werden auseinander gesetzt, die Beweggründe und Zwekke der durch Hardenberg geschehenen Anträge; der Gegenstand derselben; die von ihnen erwartete Wirkung; das Fehlschlagen dieser Erwartung; die weitere Folgen dieses mislungenen Versuchs; und das Verhalten das Seine Preussische Majestet nunmehr beobachten wollen.

Wir müssen diese Gegenstände, um gründlich zu seyn, von einander absondern.

I.

Beweggründe und Zwekke.

1. Se. Majestet von Preussen wollten die Drangsale des zeither so un-

glücklich geführten Kriege mit der französischen Nation, sobald als möglich vom gesammten Vaterlande entfernen. (Seite 17.)

Se. Majestet werden hoffentlich unter das gesammte Vaterland, die beiden Rheinischen Kreise, den Westphälischen und den Burgundischen Kreis mitzurechnen kein Bedenken tragen, Se. Majestet wollten also auch aus diesen Theilen des gesammten Vaterlandes, die Drangsale des Krieges so bald als möglich entfernen.

2. Se. Majestet wollten dem gesammten Vaterlande, die zur Erholung vom Kriege nöthige Ruhe, durch einen baldigen und billigen Frieden sichern. (Seite 17.)

Se. Majestet wollten also auch hierinn vom gesammten Vaterlande, die Ober- und Nieder-rheinischen Kreise, den Westphälischen und den Burgundischen Kreis nicht ausschliessen.

Se. Majestet sprechen aber hier auf eine sehr bedenkliche Weise, nicht wie das Reich, von einem dauerhaften und anständigen, Teutschlands Integritet und Verfassung sichernden Frieden; oder wie des Kaisers Majestet, von einem

billigen, gerechten, anständigen und annehmlichen, sondern nur von einem billigen Frieden.

3. Se. Majestet wollten dem Vertrauen entsprechen, welches ihre Mitstände ihnen dadurch bewiesen haben, dafs sie Se. Majestet förmlich und dringend erfuchten, ihre Verwendung und beihülfliche Mitwirkung zur Erreichung des allgemeinen Zwecks eintreten zu lassen. (Seite 17.)

Da hier von Verwendung für den allgemeinen Zweck die Rede ist, folglich vom Reichsfrieden, so können hier auch keine Privatanfuchungen einzelner Stände um Verwendung in Separatunterhandlungen gemeint seyn. Das förmliche und dringende Erfuchen des gesammten Reichs um preussische Verwendung, wovon hier geredet wird, kann also nur das im obgedachten Reichsgutachten vom 3. Julius enthaltene seyn, worin das Reich Sr. Majestet dem Könige von Preussen sein zuversichtliches Zutrauen, und den Antrag wegen der Mitverwendung zu erkennen gab.

4. Se. Majestet wollten ihren so oft und thätig bewiesenen rein patriotischen Gefinnungen Genüge leisten. (Seite 17.)

Was heisst patriotisch? was reinpatriotisch? das letzte Wort ist ein Pleonasmus, wenn man sich nicht auch etwas unreinpatriotisches, ihm entgegenstehendes denken kann.

Im Jahre 1787 als des Königs von Preussen Majestet die glückliche erbstatthalterische Regierung in Holland wieder herstellten, ward in allen Preussischen sowohl öffentlichen Staats, als auch privat politischen Schriften das Wort Patriot, mit dem bittersten Spotte belegt.

Wir haben in der französischen Revolution gesehen, dass Royalisten und Republikaner, Aristokraten und Demokraten, Moderantisten und Terroristen sich gleich laut und ausschliesslich Patrioten zu seyn rühmten.

Der Begriff Patriot ist also noch kein ganz fest stehender Begriff. Und da in Beurtheilung preussischer Staatschriften gar viel auf die sorgfältigste Bestimmung und Auslegung der Worte ankommt, indem gemeiniglich in ihnen der

wahre Sinn sehr tief verborgen liegt, so müssen wir uns schon einige Augenblicke dabei aufhalten, zu untersuchen, was hier unter reinpatriotisch zu verstehen sey.

Patriotismus ist diejenige feste Stimmung der Seele eines Staatsbürgers, die ihn das Wohl seines Vaterlandes über alle andere Rücksichten wegsetzen, und diesem Vaterlandswohl alle seine Kräfte opfern macht. Der Mensch, der diese feste Seelenstimmung besitzt, heist ein Patriot, und patriotisch ist alles, was auf diesen Karakter Bezug hat.

Patriotismus enthält also folgende Bestandtheile: erstlich, das Wohl des Vaterlandes als höchsten Zweck des Lebens des Patrioten; zweitens, eine unermüdete und unbegrenzte Thätigkeit für diesen Zweck; drittens, daß er keine verlöschbare Flamme, sondern ein fester, unveränderlicher Seelenkarakter sey.

Rein heist etwas, wenn es mit keinen fremden Theilen vermischt ist; Unrein das mit fremden Theilen vermischte. Auch die Unreinigkeit hat ihre Grenzen. Da sie eine Vermischung fremdartiger Theile mit gleichartigen, mithin ein positiver Zustand ist, so muß diese Vermischung möglich seyn, so müssen die fremd-

artigen Theile mit denen natürlichen, gleichartigen Theilen, die durch jene verunreinigt werden sollen, vermischbar seyn. Mithin hat man in Prüfung der Reinigkeit eines Gegenstandes nur auf die Anwesenheit fremder mit den natürlichen vermischbarer Bestandtheile zu sehen. Wir haben also, wenn von Reinheit des Patriotismus die Rede ist, auch nur auf solche fremdartige Dinge zu sehen, welche die uns bekannten, so eben erforschten Theile des Patriotismus verunreinigen können.

Patriotismus wird nicht unrein, wenn die Seelenstimmung, der er den Namen giebt, aufhört fest zu seyn. Durch diesen Fehler wird aus einem Karakter eine vorübergehende Neigung. Es wird durch diesen Fehler aus wahrem Patriotismus, Scheinpatriotismus.

Patriotismus wird nicht unrein, erhält nicht fremde Theile, wenn ihm Kräfte und Thätigkeit entzogen werden. Durch diesen Fehler wird er ein schlafender Patriotismus, oder wenn die Unthätigkeit gar die Thätigkeit übersteigen sollte, so hört er ganz auf Patriotismus zu seyn.

Patriotismus kann also nur verunreinigt werden, in seinem dritten Bestandtheile, dem

Wohle des Vaterlandes als höchster Zweck betrachtet. Hiebei können zweierlei Fehler vorkommen: Ein irriger Begriff vom Wohle des Vaterlandes, und eine Vereinigung dieses Zwecks mit Nebenzwecken. Der erste Fehler bringt irrigen, der letzte aber eigentlich den unreinen Patriotismus hervor.

Durch diese Zergliederung der Begriffe, die wir in der Politik so lange wir uns ihr widmen können, immer anwenden wollen, finden wir sehr nützliche Wahrheiten. Wir sehen daß es so viele sich einander entgegenarbeitende Patrioten in einem Staate geben muß, als es unter ihnen verschiedene Meinungen vom Wohle des Staats giebt; wir fühlen dabei sogleich, daß unter diesen verschiedenen Meinungen nur eine die wahre seyn kann, daß sie aber auch bis zu Entdeckung des wahren Wohls des Staates, alle irrig seyn können; daß es mithin in einem Staate unter mehreren sich widersprechenden Patrioten, nur eine Partei von rechtlichen geben kann; daß es aber auch möglich ist, daß sämtliche vorhandene Patrioten irren: Wir sehen daß nur denn ein Staatsbürger aufhört an dem Namen eines Patrioten Anspruch zu haben, wenn er vorsezlich über das Wohl des Vater-

landes irrt, das heißt, unter diesem Namen Zwekke verbirgt, die nicht Vaterlands Wohl find, und daß er alsdann bald ein falscher Patriot, bald ein Scheinpatriot wird. Wir haben aber auch nunmehr bestimmt gefunden, was ein reiner Patriot sey. Er ist derjenige, der den Zweck des Vaterlandswohls, ohne ihn mit andern Zwekken zu vermischen, zum höchsten Zweck seines Lebens und zum Ziel aller seiner Kräfte macht. Dabei aber fällt noch in die Augen, daß auch dieser reine Patriot in seinen Begriffen vom Wohle des Vaterlandes irren, daß man folglich reiner und doch irriger Patriot seyn kann, und daß die Reinheit hier nicht eine Eigenschaft des Erkenntnis - Vermögens, sondern des Willens - Vermögens ist.

Rein patriotische Gefinnungen, sind also hier Gefinnungen, die Se. Majestet der König von Preussen als reiner teutscher Patriot hat, und die, weil wir eben gesehen haben, daß von Reinheit auf Rechtlichkeit, Richtigkeit und Wahrheit kein Schluß gezogen werden kann, sehr wohl den Namen reinpatriotischer Gefinnungen verdienen, und doch irrig seyn können. Dabei aber müssen wir noch eine andere Frage aufwerfen.

Es ist zwar wahr, daß Se. Majestät der König von Preussen ein gebohrner Teutscher sind, indessen besitzen Sie doch einige Staaten, welche nicht zu Teutschland gehören, und die eben deshalb, weil Se. Majestät sie besitzen, eben so viel Eifer Sr. Majestät für ihre Wohlfarth zu fordern berechtigt sind, als die teutschen Staaten Sr. Majestät. Hieraus möchten wir uns er-
 kühnen zu behaupten, einmal; daß, wenn eine Kollision zwischen der Wohlfarth jener nicht
 nicht teutschen Provinzen Sr. Majestät, und der Wohlfarth des teutschen Reiches entstehet, und
 Se. Majestät in dieser Kollision die Wohlfarth des teutschen Reiches, und die ihrer nicht teut-
 schen Provinzen zu vereinigen streben, Sie nicht mehr ein reiner teutscher Patriot genannt
 werden können; und zweitens: daß Se. Maje-
 stät, so bald Sie hier sich öffentlich einen rei-
 nen teutschen Patrioten zu nennen geruhen,
 eben dadurch die tröstliche Erklärung geben,
 daß das Wohl ihrer außerteutschen Staaten, ent-
 weder dem Wohle ihrer teutschen Staaten völ-
 lig untergeordnet ist, oder daß das Wohl kei-
 nes ihrer Staaten mit dem des teutschen Rei-
 ches in Kollision kommen kann.

5. Se. Majestet wollten, ohne einen Augenblick zu veräumen, noch vor Anfang der eigentlichen Friedensunterhandlung, Frankreich zu einem vorläufigen Waffenstillstande geneigt machen. (Seite 18.).

Der Ausdruck: ohne einen Augenblick zu veräumen, ist ein relativer und undeutlicher Ausdruck, den wir zu bestimmen uns nicht herausnehmen. Er kann von dem ersten Anfange des guten Vernemens mit Frankreich, er kann vom 3. Julius, wo das Reichsgutachten gegeben ward, abgerechnet werden. Wir können nach den Pflichten die uns eine redliche Kritik auflegt, nichts anders thun, als beide Rechnungen für möglichen Sinn anzunehmen, ohne zu entscheiden, welche gemeint sey.

6. Se. Majestet wollten das Leben und die Sicherheit von vielen tausenden retten und bewahren. (Seite 18.)

7. Sie wollten die Gemüther durch vorher gegangene Einstellung der Feindseligkeiten nähern, be-

fünftigen, und dadurch die künftigen Negotiationen **VIELLEICHT** erleichtern. (Seite 18.)

Das vielleicht ist hier ein auffallender merkwürdiger Ausdruck. Er zeigt an, daß Se. Majestet es nicht fest versichert waren, daß Näherung und Befänftigung der Gemüther, die künftigen Negotiationen mit Frankreich erleichtert haben würde.

Dieser Zweifel verräth Kenntniß der Schwierigkeiten, welche die künftigen Negotiationen haben werden. Diese Schwierigkeiten müssen wohl sehr groß sein, weil sonst die Regel ist, daß Befänftigung und Näherung der Gemüther alle Friedensunterhandlungen erleichtern.

8. Se. Majestet wollten dem höchsten Reichsoberhaupte und ihren hohen Mitständen, im wesentlichen der zu treffenden Friedensunterhandlungen, im geringsten nicht vorgreifen. (Seite 18.)

Da Se. Majestet hier nur vom Wesentlichen der Friedensunterhandlungen versichern, daß Sie darinn Sr. Majestet dem Kaiser und dem durchlauchtigsten Reiche nicht haben

vorgreifen wollen, und dieses auch vollkommen mit der Versicherung Hardenbergs an Barthelémy stimmt, daß er nicht in das Wesentliche der Unterhandlungen gehen wolle; so gestehen Se. Preussische Majestät eben dadurch zu, daß sie den Zweck gehabt haben, dem Kaiser und Reiche im außer wesentlichen der Friedensunterhandlungen vorzugreifen. Denn wenn Se. Preussische Majestät dies nicht hätten zugestehen wollen, so hätten Sie anführen und beweisen müssen, daß durch die Hardenbergische Vorschritte dem Kaiser und Reiche gar nicht vorgegriffen sey.

9. Se. Majestät mußten erwarten, daß die Größe der Wohlthat, und der Nutzen eines Waffenstillstandes, wenn Sie ihn hätten bewirken können, von allen Mitständen würden eingesehen seyn, und mit Erkenntlichkeit angenommen werden. (Seite 18.)

Dieser Beweggrund enthält also eine Vermuthung, daß Kaiser und Reich das Preussische Vorgreifen in dem außer wesentlichen der Friedensunterhandlungen, wenn es einen Waffen-

stillstand hervorgebracht hätte, würden vergeben, und dankbarlich angenommen haben.

Da aber Staatsmänner alle mögliche Fälle, oder wie sie zu reden pflegen, *toutes les chances*, vorher berechnen müssen, so hat das preussische Kabinet gewiss die französische seits geschehene Verweigerung des Waffenstillstandes, obwohl als höchstunwahrscheinlich, doch als möglich vorher berechnet. Denn wenn es das nicht gethan hätte, würde die ihm so unerwartet gewesene, und dennoch eingetroffene Wirklichkeit dieser Verweigerung beweisen, daß das preussische Kabinet in der Berechnung aller möglichen Fälle sich durch Auslassung täuschen kann.

Hat nun das preussische Kabinet die Verweigerung des Waffenstillstandes unter die möglichen Fälle voraus erkannt, so hat es auf diesen Fall nicht erwarten können, daß sein Vorgehen für Kaiser und Reich, von allen seinen Mitständen mit Erkenntlichkeit werde angenommen werden. Es hat also bei Vorherberechnung der zukünftigen Fälle gewagt, in einem, obgleich dem ihm unwahrscheinlichsten dieser Fälle, etwas dem Kaiser und Reich nicht annehmliches zu thun.

Beurtheilung dieser Beweggründe und Zwekke.

Der erste Zweck, die Beendigung des Krieges, war durch die hardenbergischen Vorschriften nicht zu erreichen. Einem Feinde alsdann, wenn er allein Eroberungen gemacht hat, die man durch nichts dem Feinde gehöriges auskaufen kann; dann, wenn dieser Feind, statt seine Schwächung durch den Krieg zu fühlen, noch immer fort unmäßige Forderungen macht; kurz, ihm dann, wenn das Kriegsglück ganz auf seiner Seite ist, einen Waffenstillstand und die Bestätigung des durch den Krieg hervorgebrachten Besitzstandes antragen, kann nur zwei gleich schädliche Folgen haben, entweder die, den Feind, dem so ein Antrag geschieht, zum Gesetzgeber des Friedens zu machen, oder die, ihm durch den Waffenstillstand Ruhe zu verschaffen, um Kräfte zu sammeln zu Erhaltung seiner Eroberungen. Derjenige der das vom Feinde Eroberte zurück haben will, muß erst in Fortsetzung des Kampfes einen ihm vortheilhaften Wechsel des Kriegsglücks abwarten, oder von andern mit ihm verbündeten Mächten solche Drohungen bewirken, die den Eroberer zur Rück-

Rückgabe des Eroberten bewegen können. Se. Majestet der Kaiser haben daher auch dem Reiche eine ewig zu verdankende Wohlthat dadurch erwiesen, daß Sie die Friedensunterhandlungen mit Frankreich nicht beschleunigt, sondern den Krieg mit ihren alleinigen Kräften fortgesetzt haben, und es ist zehn gegen eins zu wetten, daß Oesterreichs tapfere Sieger die Macht der Franzosen dießseits des Rheins eben so leicht werfen und jagen werden, wie es Friedrich II. ehemals mit einem gegen die jezige Macht der Franzosen unbedeutenden französischen Heere, bei Rosbach machte.

Der zweite Zwek, Sr. preussischen Majestet, ein billiger Friede war ein unbefugter Zwek. Das Reich hatte beschloffen, daß es einen dauerhaften, anständigen, Teutschlands Integritet und Verfassung sichernden Frieden antragen wolle. Se. Majestet von Preussen hatten keine Befugniss, statt dessen einen bloß billigen zu beabsichtigen.

Der dritte Zwek Sr. preussischen Majestet, die Befestigung des Vertrauens ihrer Mitstände, war durch die hardenbergischen Anträge gar nicht zu erreichen. Der höchste Mitstand Sr. Preussischen Majestet ist unser allergnädig-

digster Kaiser. Diefem konnte es kein Vertrauen erwekken, diefem mußte es vielmehr nahe gehen, daß der König von Preußen ohne alle Rücksprache mit ihm, ftets einfeitig vorschritt. Dem Reiche konnte es kein Vertrauen erwekken, vielmehr mußte es dem Reiche, wenn es konsequent feyn wollte, misfallen, daß der König von Preußen fich das alles arrogirte, was das Reich einmüthig feinem Kaiser überlassen hatte. Es mußte dem Reiche, das eben einen dauerhaften, anftändigen, feine Integritet und Verfassung fichernden Frieden beschloffen hatte, ein beunruhigendes Mistrauen erwekken, daß der König von Preußen nur von einem billigen, (S. 17.) und überall anwendbaren Frieden (S. 25.) redete, und während den Friedensunterhandlungen die Franzosen in ihrer gefährlichen Stellung gegen Teutschland fichern wollte.

Der vierte Beweggrund, den reinen Patriotismus Sr. Preussischen Majestät zu beweisen, konnte auch nicht durch Hardenbergs Anträge, er konnte nur durch Einfall der preussischen Truppen in Holland und in die Niederlande bewirkt werden. Zu reinem Patriotismus gehörte, daß Se. Preussische Majestät während des Reichskrieges mit Frankreich keinen

andern Zweck als Deutschlands Entschädigung und Sicherung gehabt, und daß sie diesem Zwecke alle ihre Staatskräfte aufgeopfert hätten (S. 57. 59.). Als ein rein teutscher Patriot musten Se. Majestet während dieses Reichskrieges keine Händel in Polen anfangen; die Polen nicht zum Aufstande und zur Rache reizen; sich nicht in die Verlegenheit setzen, ihre Macht theilen, Warschau belagern, und ihre östlichen Grenzen beschützen zu müssen. Se. Preussische Majestet hatten mehr Zwecke als dem teutschen Reiche von Frankreich Gerechtigkeit zu verschaffen. Sie hatten noch zum Zweck, den polnischen Staat zu zertrümmern, sich auf Polens Kosten zu vergrößern. Se. Majestet können daran sehr weise, sehr richtig politisch gehandelt haben, aber sie können sich nicht einen reinen teutschen Patrioten nennen, und müssen gestehen, daß reiner teutscher Patriotismus ausserhalb den Grenzen Ihrer hohen Weisheit liegt.

Der fünfte Zweck Sr. Majestet des Königs von Preussen, der Waffenstillstand, muste dem Hauptzwecke, der Erreichung eines festen und anständigen Friedens untergeordnet seyn. Nur also in sofern er diesen Hauptzweck

vorbereitete oder erleichterte, kann er gebilligt werden. Nun aber fällt es in die Augen, daß man keinen unglücklichen Zeitpunkt zu Friedensunterhandlungen und Waffenstillständen wählen kann, als den, wo ein übermüthiger, den Untergang seines eigenen Staats grausam herbeyrufender Feind mehr erobert hat, als er je behaupten kann. Mithin ist auch dieser preussische Zweck als unglücklich für Deutschlands Erhaltung und als unerreichbar zu verwerfen. Der einzige Weg zu einem anständigen Frieden ist, die Franzosen recht tüchtig zu schlagen, sie alle in den Rhein zu jagen, und da zu verkaufen, und daß dies geschehen werde, hofft jeder biedere teutsche Patriot von Oesterreichs tapfern Phalangen, die um so mehr Ruhm davon haben werden, als sie allein auf dem Kampfplatze der Ehre aushalten.

Der sechste preussische Zweck, vielen Tausenden das Leben zu retten, kann nur durch einen allgemeinen Frieden, und nicht durch vergebliche Friedensunterhandlungen über nicht zu vereinbare Zwecke erreicht werden.

Der siebente Zweck, die Näherung der Gemüther kann nicht durch einen Vermittler bewirkt werden, welcher dem einen Haupttheile

immer über alle Rücksprache einseitig vorgreift, und ihm in jedem Schritte neues Mistrauen erregt.

Die achte Absicht, ist eigentlich kein Beweggrund der hardenbergischen Verhandlungen, sondern eine Entschuldigung darüber, daß durch selbige wirklich dem Reichsoberhaupt und den Reichsständen vorgegriffen ward. Die Entschuldigung wird darin gesetzt, daß es doch nicht im wesentlichen der Friedensunterhandlungen geschehen sey. Aber Vorgreifen bleibt Vorgreifen. Den Reichsständen ward durch den preussischen Minister darin vorgegriffen, daß die Friedensanträge lediglich in Preussens Namen geschahen, da sich doch das Reich im Reichsgutachten vom 3. Julius selbst vom Kaiser, seinem Oberhaupt, den es allda zur Friedenseinleitung bevollmächtigte, bey dieser Vollmacht ausbedungen hatte, daß die Friedenseröffnung im Namen des Kaisers und Reichs geschähe. Noch mehr griff der preussische Minister Sr. Majestet dem Kaiser vor, denn das Reich hatte im Reichsgutachten vom 3. Julius alles (sogenannte Aufserwesentliche) worin sich hier Hardenberg mischt, Waffenstillstand, Kongresort, und Eröffnung der Friedensunterhandlungen lediglich

und ausschlieslich dem Kaiser übertragen. Und dieser Kaiser, dem das Berliner Cabinet durch Hardenberg vorgriff, ist als Reichsoberhaupt auch der Chef seiner Preussischen Majestet in Teutschland. Dadurch wurden also die dem Reichsoberhaupt gesetzlich schuldigen, und von jedem Reichsstande beschwornen Pflichten des Gehorsams, der Treue und der Verehrung verletzt. Diese Verletzung geschah vorseztlich, weil der Kaiser nicht vorher davon benachrichtigt, nicht vorhin, wie Pflicht war, um seine Erlaubnis angesprochen ward. Die Entschuldigung dieses vorgreifenden Schritts ist also eine überall misgerathene Entschuldigung, und eben deswegen mit Recht für ein Geständnis einer unregelmässigen Handlung zu achten.

Der neunte und letzte Beweggrund, den der kurbrandenburgische Gefandte anführt, ist ebenfalls nur eine Entschuldigung, der durch Herrn von Hardenberg bewirkten dem Kaiser vorgreifenden Schritte; sie wird darin gesetzt, daß man die gute Aufnahme der hardenbergischen Anträge bey einem glüklichen Erfolge derselben sicher erwartet habe. Aber auch diese Entschuldigung hält nicht Stich. Schritte, deren gute Aufnahme man sicher erwartet, hat

man nicht nöthig zu verheimlichen; man hat noch ficherer eine gute Aufnahme zu erwarten, wenn man mit demjenigen, von dem man die gute Aufnahme wünschet, einstimmig und in Vernemen handelt. Man gestehet preussischer Seits, daß man diese gute Aufnahme nur dann erwartete, wenn der vorgenommene Versuch gelang. Man gesteht also zu, daß man keine gute Aufnahme erwarten durfte, wenn er nicht gelang. Er ist nicht gelungen, Se. Majestet der Kaiser und das Reich sind also durch diese eigene preussische Worte berechtigt, jezt über diese mislungene Schritte diejenige Empfindlichkeit zu äußern, die der Berliner Hof hier selbst für gerecht anerkennt.

Aber es ist noch dazu irrig, sehr irrig, daß der preussische Hof beym glücklichsten Erfolge seiner vorgreifenden Schritte die Erkenntlichkeit aller seiner Mitstände sich gewis vorher versprechen konnte.

Dem ersten seiner Mitstände, dem Kaiser, mußte dies Vorgreifen selbst dann noch, wenn es gelang, misfallen. Es mußte ihm empfindlich bleiben, daß ihm sein hoher Beruf, Teutschland einen ehrenvollen Frieden zu geben, entwunden ward; daß Preussen sich in Teutschlands

Angelegenheiten überall die erste Rolle anmaas-
 te; dafs Preussen bey Annahme des Waffenstill-
 standes von Seiten Frankreichs den Kaiser in den
 unangenehmen Fall setzte, diesen Waffenstill-
 stand, der bey dem bekannten schwachen Eifer
 der meisten teutschen Stände für Nationalinterese
 gewis sehr vielen gefallen hätte, auszuschla-
 gen, und den Krieg, der fürs Reich angefangen
 war, allein fortzusetzen. Die Annahme aller
 preussischen durch Hardenberg geschehenen An-
 träge von Seiten Frankreichs hätte dem Kaiser
 sogar die Wahl eines ihm gefälligen Kongresor-
 tes genommen; hätte den Kaiser, der nur einen
 rühmlichen Frieden sucht, durch seine nothwen-
 dige Verweigerung übereilter Bettelei um einen
 unanständigen und nachtheiligen Frieden, dem
 Verdachte ausgesetzt aus eigenfächtigen Absich-
 ten, Teutschland den Frieden zu erschweren;
 hätte dem Kaiser die Wiedereroberung des bur-
 gundischen Kreises erschweret, und das Schik-
 sal dieses zur österreichischen Monarchie gehörigen
 Staats, statt von den Kräften dieser Monarchie,
 vom Ausgange finsterner, prinziploser, und unmo-
 ralischer diplomatischer Verhandlungen abhän-
 gig gemacht.

Schluß.

Wenn die durch Herrn von Hardenberg in der Friedensangelegenheit im Julius vorgenommenen Schritte keine andere, als die in der vorliegenden kurbrandenburgischen Note angegebenen Beweggründe und Zwekke hatten, so waren sie nach Seite 64. 65. 66. 67. unzweckmäßige, nach Seite 65. unbefugte, nach Seite 69. unrechtmäßige, nach Seite 70. beleidigende, mithin überall irrig und tadelnswerthe Vor-schritte.

II.

Gegenstand der Hardenbergischen Handlungen.

I. Se. Majestet der König von Preussen, sagt die kurbrandenburgische Note, haben dem Herrn von Hardenberg befohlen, dem französischen Botschafter zu Basel einen mit Einstellung aller Kontributionen und Brandschazzungen in denen vom Feinde besetzten Gegenden verbundenen Waffenstillstand anzutragen, und diesen Antrag na-

mens Sr. Majestet zu unterstützen. (Seite 19.)

Se. Majestet von Preussen haben also ihrem Minister nicht aufgetragen, die völlige erste Einleitung der Friedensunterhandlungen durch Vorschlag eines Kongresortes, und Einladung eines französischen Ministers an den Kongressort zu machen. Und dennoch hat es der Herr von Hardenberg gethan.

Se. Majestet haben ihm auch nicht aufgetragen, den Befizstand während der Friedensunterhandlungen zu reguliren. Dennoch hat es Herr von Hardenberg gethan.

Entweder haben Se. Majestet in vorliegender Note gutgefunden, die dem von Hardenberg zu den nicht erwehnten Anträgen gegebenen Befehle mit Stillschweigen zu übergehen, oder Herr von Hardenberg hat die ihm gewordenen Befehle überschritten.

Die Einleitung und Eröffnung der Friedensunterhandlungen gebührte selbst nach dem Reichsgutachten vom 3. Julius Sr. Majestet dem Kaiser. Sie dem Reichsoberhaupte nemen, hiefs es, an dem ihm schuldigen Respekte ermangeln lassen. Ist diese Unehrrerbietigkeit auf Sr. Majestet von Preussen Befehl geschehen, so sind Se. Majestet

selbst Sr. Majestet dem Kaiser Genugthuung schuldig, hat Herr von Hardenberg sie für seinen Kopf gewagt, so sind des Königs von Preussen Majestet verbunden, diesen Schritt zu defavouiren, und Herrn von Hardenberg zu Genugthuung des Reichsoberhauptes zu disgraciren.

2. Der von Hardenberg hat dem königlichen Auftrage gemäs, der französischen Nation durch die an Barthelemy den 24. Julius übergebene Note das Reichsgutachten vom 3. Julius, den darin geäußerten Wunsch zum Frieden, und die nachgefuchte Verwendung und Mitwirkung des Königs eröffnet, und mit Ausschließung alles deffen, was zu dem eigentlichen Friedensgeschäfte gehört, und nach Bestimmung des Reichsgutachtens dem Reichsoberhaupt zur Einleitung überlassen war, namens des Königs auf einen Waffenstillstand und auf Einstellung der Requisitionen in den eroberten Ländern angetragen. (Seite 19.)

Diese Erzählung stimmt in mehreren Umständen nicht mit dem Hergange in der Hardenbergischen Note von 24. Julius, Seite 7.

1. Hardenberg wandte sich in der französischen Nation nicht bloß kompetent an Barthélemy, sondern auch inkompetent an Pichegru, Merlin und Riveau.

2. Hardenberg eröffnete der französischen Nation kein Reichsgutachten, sondern einen förmlichen Reichstagschluß des Reichs in corpore, welches sehr verschiedene Dinge sind.

3. Hardenberg enthielt sich in seinen Anträgen nicht alles dessen, was im Reichsgutachten dem Kaiser vom Friedensgeschäfte ausdrücklich zur Einleitung überlassen war. Der vierte Artikel des Reichsgutachtens vom 3. Julius enthält ausdrücklich :

„Dafs diese erste Einleitung des Friedensgeschäftes, die Erklärung nemlich der friedlichen Gefinnungen Teutschlands an Frankreich
 „(wovon im vorhergehenden dritten Artikel
 „die Rede war) lediglich Ihrer Kaiserlichen Majestet auf eine Art, die Ihrer Weisheit am angemessensten dünke, in ehrerbietigem Vertrauen anheim zu lassen, jedoch
 „das Ersuchen beyzufügen sey, selbige in Al-

„lerhöchst ihrem und des Reichs Namen zu
 „machen; sie nach Möglichkeit zu beschleu-
 „nigen; zu dem Orte des Kongresses die
 „Reichsstadt Frankfurt, wenn dabey kein be-
 „sonderes Bedenken obwalte; sonst aber eine
 „andere gut gelegene Stadt in Vorschlag zu
 „bringen; für die gänzliche Sicherheit des
 „Kongresses die fürsorgliche Uebereinkunft
 „zu treffen; und zugleich den Bedacht dar-
 „auf zu nemen, dass, wo es ohne Nachtheil
 „für die Friedensunterhandlungen geschehen
 „kann, wo nicht ein Waffenstillstand, wenig-
 „stens die einstweilige Einstellung aller Liefe-
 „rungen erzielet werden möge.“

Zur ersten Einleitung einer Friedensunter-
 handlung gehört die Eröffnung des Wunsches für
 den Frieden, die Bestimmung des Kongresor-
 tes, die Vermittelung eines Waffenstillstandes,
 die Bestimmung seiner Regeln. die Sicherheit
 des Kongresortes. Nichts weiter als dies macht
 eine erste Einleitung einer Friedensunterhand-
 lung aus. Alles dies war in den bestimmtesten
 Ausdrücken von dem Reiche lediglich dem
 Kaiser überlassen. Dennoch arrogirte Harden-
 berg gerade alle diese Schritte einer ersten Ein-
 leitung seinem Hofe.

Das Reich bat den Kaiser, die erste Einleitung des Friedensgeschäftes nicht blos in seiner Majestät, sondern auch in des Reiches Namen zu machen. Hardenberg machte sie lediglich in des Königs von Preussen Namen, schließt beyde, den Kaiser und das Reich aus.

Das Reich schlug Frankfurt nur denn zum Kongressorte vor, wenn dabey kein besonderes Bedenken obwalte. Hardenberg bestimmte Frankfurt, ohne zu fragen, ob das Reichsoberhaupt Bedenken haben könnte.

Das Reich beschied sich von selbst, daß es dem Kaiser die Wahl auch einer andern Stadt nicht einschränken könne. Hardenberg namens seines Hofes lies dem Kaiser keine Erklärung, keine Wahl.

Das Reich überlies der Weisheit seines Oberhauptes, wie in jedem Schritte der ersten Friedenseinleitung die Art seiner Ausführung, so auch in Erzielung eines Waffenstillstandes, die Bestimmung, ob selbiger ohne Nachtheil für die Friedensunterhandlungen geschehen könne. Hardenberg namens seines Hofes entschied diese Frage einseitig dahin, daß der Waffenstillstand vielleicht die Negotiationen erleichtern könne (Seite 18. 38.), und auf dieses

vielleicht trug er ihn Frankreich an, ohne Kaiser und Reich zu fragen.

In der vorliegenden kurbrandenburgischen Note vom 15. Sept. wird also der Hergang der Sache dem Reiche falsch erzehlet.

Wenn irgendwo Unwahrheit gefährlich ist, so ist es gewis in den öffentlichen Verhandlungen, welche die Angelegenheiten ganzer Nationen betreffen.

Eine Unwahrheit kann entweder vorsezlich oder unvorsezlich verbreitet werden. Im ersten Falle hat sie einen bekannten Namen, den jeder Leser kennt. Im leztern Falle ist sie ein Irrthum.

Es ist schwer, wir müssen es aus unpartheilicher Anhänglichkeit an Wahrheit gestehen, es ist aber nicht unmöglich zu glauben, daß die unwahre Vorstellung der hardenbergischen Schritte in der vorliegenden kurbrandenburgischen Note vom 15ten September ein unfreywilliger Irrthum sey. Denn die hardenbergische Korrespondenz mit Pichegrü, Merlin, Riveau, und Barthelemy lief in Tentschland schon im Monate August gedruckt herum. Obenangeführtes Gutachten eines Komitialgesandten u. s. w. sey es Spaas oder Ernit, ist vom 31. August datirt.

Den 11. September stand die hardenbergische Korrespondenz schon in Nro. 73. der teutschen Ministerialzeitung. Sie konnte also dem kurbrandenburgischen Komitialgesandten nicht mehr unbekannt seyn; selbst dann es nicht seyn, wenn sie, wie man doch voraussetzen sollte, ihm nicht offiziell mitgetheilt worden wäre. Die gedruckten Abschriften der hardenbergischen Korrespondenz durften zwar den Herrn Grafen von Görtz nicht berechtigen, sie für richtig zu halten, und aus selbigen den Hergang der Sache in seine ministerielle Note vom 15. Sept. zu übertragen. Allein da er doch, wenn ihm keine offiziellen Abschriften mitgetheilt waren, die gedruckten zu bezweifeln keinen Grund hatte, so hätte seine Ehre erfordert, ehe er eine Note unterzeichnete, in welcher der erzählte Hergang so sehr den gedruckten Aktenstücken widersprach, sich bey seinem Hofe nach Authenticitet der gedruckten Korrespondenz zu erkundigen, und bis zu Eingang einer Antwort seine Note zurückzuhalten, oder den Hergang der Sache noch kürzer, und ohne Widerspruch gegen die gedruckte Korrespondenz zu berühren.

Indessen ist der kurbrandenburgische Komitialgesandte, der diese vorliegende Note, und
die

die darinn enthaltene unwahre Erzählung unterzeichnet hat, eben der Herr Graf von Görtz, von dem im Jahre 1787. herausgegeben ward: *Les rapports entre la Morale et la politique par Charles Baron de Dahlberg, traduit de l'Allemand par Eustache Comte de Görtz. Berlin. 1787.* In diesem Buche hat Herr Graf von Görtz die Zuzeichnungsschrift an den Freyherrn von Dahlberg, und einen Vorbericht dem übersezten Werke vorgelegt, und in diesen seinen Auffätzen hat er nicht nur alle die Grundsätze des Freyherrn von Dahlberg mit eifrigem Lobe gebilligt, sondern auch S. 15. allen Diplomatikern mit warmer Beredsamkeit empfohlen, keine andere Politik zu befolgen, als die mit der Moral gleichförmige, der Erfolg eines solchen diplomatischen Betragens möge ausfallen, wie er wolle.

Von einem Manne, der solche edle Grundsätze öffentlich geäußert hat, kann man ohne den allerstrengsten Beweis nicht annemen, daß er sich durch Unterzeichnung einer offenbaren Unwahrheit habe kompromittiren wollen. Da uns nun der strenge Beweis fehlt, daß Herr Graf von Görtz die im August gedruckt verkaufte hardenbergische offizielle Korrespondenz am 15. September schon gelesen hatte, oder

dafs Herr Graf von Görtz am 15. September diese hardenbergische Korrespondenz schon offiziell mitgetheilt erhalten hatte, so können wir auch beyde Umstände nicht behaupten, vielmehr müssen wir alle beyde aus Vermuthung für einen Minister, der sich so warm für eine auf Moral gegründete Politik öffentlich erklärt hat, für unglaublich halten.

Sobald wir das thun, fragt es sich, woher nahm Herr Graf von Görtz die unwahre Darstellung der Sache, in der vorliegenden Note? Nach der Natur seines Amtes konnte er sie nur so vortragen, als sie ihm offiziell von seinem Hofe bekannt gemacht war.

War also der preussische Hof vorsezlich der Erfinder dieser falschen Erzehlung des Hergangs? Wer könnte das glauben?

Hat also der preussische Hof die Verhandlungen des Herrn von Hardenberg nicht besser gekannt, als sie hier dem Reiche vorgestellt werden?

Wir enthalten uns weiterer Fragen, denn es scheint uns, wir müssen auf Fragen kommen, wo uns die redlichste, bescheidenste, und richtigste Antwort nur in Verlegenheit setzen würde.

Schluß.

Das, was Herr von Hardenberg bey der französischen Nation wegen eines Waffenstillstandes, und wegen erster Einleitung der Friedensunterhandlungen verhandelt hat, ist in dieser vorliegenden Note weder richtig noch vollständig enthalten. Diese Note läßt also das Reich noch über die Autorisation des Herrn von Hardenberg in seinen Unternehmungen, in der Art wie sie geschehen sind, so wie über die Kenntniss des berliner Kabinets von der Art ihrer Ausführung in Zweifel.

III.

Wirkung, welche der berliner Hof von den Anträgen Hardenbergs erwartete.

Nach den, sagt die Note, seit einiger Zeit von den französischen Volksvertretern angenommenen gemilderten Grundfätzen, war es wahrscheinlich, daß sie einen so gerechten, beyden streitenden Parteien zu unverkennbarem Nuzzen gereichenden Vorschlag anzunehmen nicht verfangen würden. (S. 20.)

Also erwartete der berliner Hof die Annahme seiner Anträge. Er gründete diese Erwartung einmal auf die gemilderten Grundfätze der französischen Volksvertreter, zweitens, auf die innere Gerechtigkeit und für sämtliche kriegführenden Theile gleiche Nützlichkeit der Anträge.

Anname der hardenbergischen Anträge erwarten, hies, wie wir schon oben Seite 35. gezeigt haben, erwarten, daß Merlin, Riveau, Pichegru und Barthelemy alle vier den Kopf verloren, und ihre Amtspflichten nicht mehr gekannt hätten.

Es hies erwarten: daß die französischen Volksvertreter ihre Friedensunterhandlungen mit einem angeblichen Bevollmächtigten des teutschen Reichs anfangen würden, ohne nach demjenigen Reichschlusse des Reichs in corpore zu fragen, auf welchen er seine Vollmacht gründete; daß sie einen Waffenstillstand für Teutschland an Preussen versprechen würden, ehe ihnen glaubhaft erwiesen wäre, daß der Kaiser ihn annemen würde; daß sie einen Bevollmächtigten nach Frankfurt senden würden, ehe sie wissen konnten, ob der teutsche Kaiser und das

teutsche Reich auch ihrer Seits einen Bevollmächtigten dahin senden würden.

Die gemildertern Grundfätze der französischen Volksvertreter, worauf der preussische Hof so weitgehende Erwartungen gründete, gaben zu selbigen keinen Grund. Das temporaire Uebergewicht milderer Grundfätze in Frankreich ist das temporaire Uebergewicht einer Faktion über eine andere Faktion, ist das Uebergewicht eines Systems von Phrasen, über ein anderes Phrasensystem. Der ungewisse Ausgang eines einzigen von denen vielen hundert Aufständen, die wir in Frankreich noch erleben werden, wird entscheiden über die dominirende Faktion unter den französischen Volksvertretern, über ihre Grundfätze und Phrasen.

Die jezt herrschende Faktion hat die unter den Terroristen unaufhörlich thätigen Guillotinen in einigen Ruhestand gesetzt, aber sie verhaftet so willkürlich, als es die Jakobiner thaten; sie mordete mit kaltem Blute acht tausend Gefangene, die ihr Leben bey Quiberon theuer verkauft haben würden, wenn sie sich nicht auf mündliche Kapitulation ergeben hätten; und diese Faktion, die ehester Tagen mit der Stadt Pa-

ris einen grausamen Bürgerkrieg eröffnen mus, waltet täglich zu Behauptung ihrer Herrschaft, über Freyheit und Eigenthum eben so willkürlich, wie es je die vorhergehenden Faktionen thaten. Man sieht aus allen ihren zeitlichen Gesezen, dass Selbsterhaltung am Ruder der Regierung zur Zeit ihr höchster Zwek ist. In diesem gefährlichen Kampfe, den sie zu führen gezwungen ist, mag die Noth oft Entschlüsse begründen, die keine Prüfung nach Grundsätzen aushalten können. Alle n eben diese Noth mus auch auf die Entschlüsse über Krieg und Frieden unaufhörlich wirken. Und man kann daher nie mit Grunde schliessen, dass die französischen Volksvertreter einen Beschluss nemen werden, weil er gerecht und vortheilhaft für die Menschheit und französische Nation ist. Sondern um seine Erwartung von diesen Volksvertretern richtig zu berechnen, muss man sich fragen: ob die Noth und die gefährliche Lage, worin der französische Nationalkonvent ist, ob seine Sorge für Selbsterhaltung ihm erlauben, den Entschluss, den man wünscht, oder den man für gerecht hält, zu nemen.

Es war also schon a priori vom preussischen Hofe fehlerhaft, seiner Wünsche Erfüllung von

den sogenannten gemilderten Grundsätzen der französischen Volksvertreter zu erwarten. Allein diese Erwartung war um so übler gegründet, da in den neuen Grundsätzen jener Volksvertreter noch nichts vorgekommen war, was von ihnen hoffen liefs, daß sie das dem deutschen Reiche so vielfach angethane Unrecht würden vergüten, und dem Kriegselende auf eine gerechte Weise ein Ende machen wollen; und da es eine völlig irrige Erwartung Preussens war, daß die französischen Volksvertreter, wenn ihnen der allgemeine Friede ein ernstlicher Wunsch war, die erste Einleitung der Friedensunterhandlungen durch eine Beleidigung des einen Haupttheils verwirren würden.

Der preussische Hof gründete eben so hinfällig die Erwartung der Annahme seiner an Frankreich gethanen Anträge auf ihre innere Gerechtigkeit und Nützlichkeit. Gerechtigkeit ist ein Maasstab, der hier gar keine Anwendung findet. Ein Krieg ist ein Zustand des Kampfes der Gewalt gegen Gewalt, den der Friede endigen und auf einen Zustand der Herrschaft der Gerechtigkeit zurück führen soll. Die Friedensunterhandlungen sind das Mittel, wodurch dieser Uebergang bewirkt werden soll. In ihrer Einleitung

kann also noch nicht von der noch fuspendirten Gerechtigkeit, sondern nur von Zweckmäßigkeit der Einleitung zum zu erreichenden Frieden die Rede seyn. Alle Regeln bey Anordnung der Friedensunterhandlungen müssen aus dem Gesezze abgeleitet werden: Wir wollen Frieden stiften, wir müssen also alles thun, was zu diesem Zwecke führt.

Ein zweytes Gesez, das die Selbsterhaltung jenem ersten Gesezze anhängt, heist: wir müssen uns einen so vortheilhaften Frieden als möglich verschaffen.

Das sodenn folgende dritte Gesez, das aus der Anwendung der Erwägung der Lage des Krieges, und der Kräfte der Kriegsführenden Mächte auf das zweyte Gesez gestützt wird, heist entweder: Wir wollen einen gerechten, anständigen, festen Frieden, wir müssen also auch alle Mittel zu diesem Zwecke auffuchen; oder es heist: Wir müssen uns dem Willen des Stärkern unterwerfen, mithin seinen Willen durch alle erdenkbare Mittel uns so erträglich als möglich zu machen suchen. In Anwendung aller dieser Gesezze muß von Weisheit, Klugheit, Nützlichkeit, es kann nie von Gerechtigkeit die Rede seyn. Dieser Maasstab ist hier so

so fremde als die Anwendung eines Gewichts der Schwere, oder eines Wärmemessers, auf eine mathematische Linie; der Maasstab der Gerechtigkeit kommt erst dann zur Anwendung, wenn man im schon eingeleiteten Friedensgeschäfte über die wirklichen Friedensbedingungen verhandelt.

Es läßt sich also gar nicht sagen, daß die hardenbergischen Anträge gerecht oder ungerecht waren, weil sie außer den Grenzen der Gerechtigkeit liegen. Aber ob sie für beyde Theile nützlich waren, das läßt sich prüfen und bestimmen. Und da müssen wir unbedenklich entscheiden: sie können nur für Frankreich nützlich genannt werden, sie waren für den Kaiser und das teutsche Reich höchst schädlich.

Ein Waffenstillstand, der nach preussischem Antrage bloß zwischen Frankreich und dem Reiche geschlossen ward, ohne den Souverain der österreichischen Monarchie mit einzuschließen, ohne die Vendée mit einzuschließen, gab den Franzosen durch Verminderung des Umfangs ihres Krieges Gelegenheit mehr Kräfte gegen Oesterreich, mehr Kräfte zur Befiegung der Vendée, mehr Kräfte zur Dämpfung ihrer innern Unruhen anzuwenden. Solch ein Waffenstill-

stand gab also den Franzosen mehr Kräfte, dem teutschen Reiche seine Ergänzung, und dem Hause Oesterreich die Wiedereroberung seiner im Kampfe mit Preussen und fürs Reich verlorenen, seiner von seinem Alliirten Preussen garantirten Niederlande zu erschweren, und wohl gar unmöglich zu machen. Dem teutschen Reiche, das so schwer zu bewafnen und thätig zu machen ist, that dieser Antrag noch den grossen Schaden, dafs er die Kollisionen zwischen Provinzialen oder Familien Interesse, und Nationalinteresse fühlbarer machte, und dafs er durch Aufregung dieser Kollision den Vertheidigungsstand des Reichs plötzlich paralyfirte. Kurz, der Antrag eines Waffenstillstandes war in dem Zeitpunkte, wo er geschah, der gerade Weg zu einem fürs teutsche Reich unanständigen, ungerechten, nachtheiligen und schimpflichen Frieden.

Dann, wenn sich einst das Kriegsglück wenden, und die tapfern Oesterreicher die Franzosen so derbe werden geschlagen haben, dafs sie nicht mehr daran denken werden, Gesetze geben zu wollen, dann wird der Weisheit und Klugheit gemäs seyn, an Waffenstillstand und Frieden zu denken.

Schluß.

Nicht blos der Erfolg, sondern schon die bloße Betrachtung der in vorliegender Note angegebenen Gründe, worauf Preussen seine Erwartung baute, daß Frankreich Hardenbergs Anträge annemen würde, überzeugt uns, daß das preussische Kabinet seine Erwartung ganz irrig berechnet hatte.

IV.

Das Fehlschlagen preussischer Erwartung.

1. Der Erfolg, sagt die vorliegende Note, war der Erwartung nicht ganz gemäs. Seite 20.

Also soll man glauben, daß er ihr etwas gemäs gewesen ist, sonst wäre das Wort ganz hier ohne Sinn. Da nun Barthelemy alle hardenbergische Anträge abgeschlagen hat, so bleibt uns dunkel, worin der preussische Hof, das dabey seiner Erwartung gemäse, es sey so wenig es wolle, findet.

2. Barthelemy erwiederte, daß Frankreich zwar allerdings die gröste Achtung für die Verwen-

5
 dung des Königs hege, und stets
 äusserst geneigt seyn werde, sei-
 ne Mitwirkung für das gesammte
 Reich und deffen besondere Stän-
 de bereitwilligst aufzunehmen,
 (S. 20.)

Statt der grössten Achtung, deren
 man sich in der vorliegenden Note rühmet, ste-
 het in Barthelemys Antwort nur, *interêt parti-*
culier, das heisst eine *besondere Bereitwilligkeit*
 oder höchstens eine *vorzügliche Gefälligkeit*.
 Statt mit *grösster Achtung und äusserster Geneigt-*
heit bereitwilligst aufnehmen, redet Barthelemy
 von: *accueillir avec un interêt particulier*, von:
dispositions amicales, und *que les bons offices de Sa*
Majesté Prussienne auront toute l'efficacité qu'elle en
peut attendre.

Aber Barthelemy setzt auch hinzu: die gu-
 ten Dienste Seiner Majestet werden alle Wir-
 kung haben, die Se. Majestet erwarten kann,
 in allem, was weder dem Interesse noch
 der Würde der Republik præjudicirt.

3. Aber wegen des gewünschten Waf-
 fenstillstandes hat Barthelemy ge-
 antwortet, dafs er nicht wohl be-
 willigt werden könne, weil er

das Friedensgeschäfte, statt es zu erleichtern, nur aufhalten würde. (S. 20.)

Dieser Umstand ist richtig berichtet.

Schluss.

Man sieht der Erzelung der fehlgeschlagenen Erwartung einige Verlegenheit an, allein es wäre gewis besser gewesen, die erhaltene abschlägige Antwort kurz und rund zu melden, als die barthelemische Antwort zu alteriren.

V.

Weitere Folgen dieses mislungenenen Versuchs.

1. Er bekümmert Seine Majestet. (S. 20.)
2. Die Nothwendigkeit und das Bedürfnis der möglichsten Beschleunigung eines wirklichen Friedensantrags an Frankreich wird von Tage zu Tage dringender. (S. 21.)

Dieser Meinung können wir nicht beytreten. Die Franzosen tüchtig schlagen, sie über den Rhein zurückjagen, ist nach unserer Mei-

nung das einzige Rettungsmittel teutscher Integritet und Verfassung.

3. Der groſſe Zweck, dem teutiſchen Reiche Ruhe und Sicherheit zu verſchaffen, kann nur durch VOEL-LIGE Einigkeit und ſchnelle Maas-Regeln zur Pazifikation erreicht werden. (S. 21.)

Die Pazifikation muſs Zeit haben, bis die Franzoſen von den Oeſterreichern geſchlagen ſeyn werden. Aber völlige Einigkeit; wer wird leugnen, daß dieſe zur Herſtellung der Ruhe und Sicherheit Teutſchlands nöthig ſey?

Und da Seine preuſſiſche Majeſtet dies ſelbſt geſtehen, da ſie ſich einen teutiſchen Patrioten zu nennen geruhen, ſo haben wir die tröſtliche Hofnung, daß die durch Hardenberg geſchehenen, dem Kaiſer und Reiche vorgreifenden Schritte, die letzten Störungen der Einigkeit unter den teutiſchen Ständen, die letzte Unehrrerbietigkeit eines teutiſchen Reichsſtandes gegen das Reichsoberhaupt ſeyn werden. Daraus folgt der

Schluss.

Daß dieſer preuſſiſche, bey den Franzoſen miſlungene Verſuch der Friedenseinleitung von

gar keinem nachtheiligen Einflusse auf das Friedensgeschäfte ist, vielmehr den teutschen Reichständen klärlich zeigt, daß ohne ihren Kaiser kein Friede wird gemacht werden können. Das Mislingen dieses Versuches wird also ein Weg seyn zu einer gründlichen Friedenseinleitung, besonders wenn die Oesterreicher vorher die Franzosen werden geschlagen haben. Sollte dieser preussische zu Basel mislungene Versuch gar Seine Majestet von Preussen bewegen, das darin für Kaiser und Reich Beleidigende gut zu machen; sich Sr. Majestet dem Kaiser aufrichtig zu nähern, und dadurch im teutschen Reiche die von ihnen selbst in dieser Erklärung anempfohlene völlige Einigkeit herzustellen, so wäre Hardenbergs mislungener Versuch ein sehr glükliches Ereignis für Teutschland, für Europa, und für die leidende Menschheit.

VI.

Künftiges Verhalten Sr. Majestet des Königs von Preussen.

1. Se. Majestet müssen nun erwarten, wie das Reich unter Anführung seines Oberhauptes die Friedens-

negotiationen eröffnen wird.

(S. 21.)

Das wird das teutsche Reich und sein Oberhaupt gewiss mit Wohlgefallen aufnehmen.

2. Se. Majestet rühmen ihren lebhaften Wunsch, in vollkommenstem Einverständnisse mit Sr. Majestet dem Kaiser alles anzuwenden, was zum Wohl und zur Rettung des teutschen Vaterlandesersprieslich seyn kann. (S. 21.)

Da wir dieses Einverständnis leider bis zu Hardenbergs Schritten, und dem hessenkasselschen konstitutionswidrigen Separatfrieden nicht gesehen haben, dürften wir von bangen Ahnungen gequälte Teutsche nun wohl hoffen, daß Se. preussische Majestet diese trostvolle Versicherung in Zukunft thätig wirksam zeigen werden? Dürften wir hoffen, daß Se. preussische Majestet, um ihr vollkommenstes Einverständnis mit dem Kaiser zu beweisen, und weil Teutschland keinen guten Frieden hekommen und nicht gerettet werden kann, ohne die Franzosen vorher geschlagen zu haben — bald wieder auf die Franzosen loszuschlagen, und unserm Kaiser helfen werden Teutschland zu retten?

Helfe

Helfe der König von Preussen auch nicht, so wird er doch nach dieser Versicherung gewis nicht, wie viele besorgte Gemüther wähnen, die Waffen für Frankreich gegen unsern Kaiser ergreifen! Und wenn er das nur nicht thut, so schlagen die braven Oesterreicher die Franzosen auch ohne preussische Hülfe.

3. Seine Majestet von Preussen werden nach Maasgabe des kaiserlichen Ratificationsdekrets sich nie der angelegentlichsten Verwendung und beyhülflichen Mitwirkung für das gesammte Reich und auch jeden ihrer Mitstände entziehen. (S. 22.)

Dieses Versprechen ist nur, in so fern es fürs gesammte Reich Verwendung verspricht, trostvoll. Denn alle preussische Verwendungen für Separatfrieden einzelner Stände sind Verwirrungen Teutschlands, Trennungen des Reichs und seiner Glieder, konstitutionswidrige Unternehmungen, Gunstbezeugungen an Frankreich den Reichsfeind. So lange Se. preussische Majestet dies nicht einsehen wollen, ist an kein Einverständnis mit unserm die Konstitution beschützenden Kaiser zu denken, an keine Ret-

tung Teutschlands, an keinen ehrenvollen Frieden. Nur so lange, als Teutschland in sich getheilt und uneins ist, kann Frankreich wännen, selbiges besiegt und ihm Provinzen entrissen zu haben.

4. Wenn durch Fortdauer der Feindseligkeiten die Gefahr dringender und bedenklicher werden sollte, werden Se. Preussische Majestet alles anwenden, was zur Rettung des gesammten werthen Vaterlandes und dessen bedrängten Stände wirksam und nützlich erscheinen mögte. (S. 22.)

Bedrängte Stände sind die der beyden Rheinkreise, die des burgundischen und des westphälischen Kreises.

Die Gefahr ist durch Uebergang der Franzosen über den Rhein dringender, bedenklicher geworden.

Zur Rettung Teutschlands und seiner bedrängten Stände kann nur ein Mittel wirksam und nützlich erscheinen, nemlich die Franzosen tüchtig zu schlagen.

Werden also Se. preussische Majestet dies Mittel für das einzige wirksame zu erkennen ge-

ruhen? Werden sie bald zum Kaiser treten die Franzosen schlagen zu helfen?

Nach so positiven Versicherungen dürfte man es fast hoffen.

5. Seine Majestet werden es unter ihrer Würde halten, ihre Verwendung oder Mitwirkung da aufzudringen, wo sie nach den politischen Verhältnissen nicht für nothwendig, rathsam, oder thunlich gehalten werden möchte. (S. 22.)

Das ist sehr richtig. Verwendung aufdringen kann nirgends Friede befördern. Allein diese Bemerkung gehet das teutsche Reich nichts an, denn dieses hat ja die preussische Verwendung, wenn auch nicht für nothwendig, aber doch für thunlich erklärt, es hat selbige angenommen, es hat das in einem vom Kaiser ratifizirten Reichsgutachten, also in einem förmlichen Reichsschlusse des Reichs in corpore gethan.

Aber für einzelne Stände zu separaten Frieden muß das Reich sich alle preussische Ver-

wendung verbitten, weil separate Friedensschlüsse das Reich auflösen.

6. Diese Grundfätze werden die Richtschnur der ferneren preussischen Maasregeln seyn, und dem Könige die Beruhigung geben, seiner seits alles Mögliche zu Verschaffung des Friedens gethan zu haben. (S. 23.)

Die Beruhigung alles Mögliche für einen Reichsfrieden, und wie sich versteht, für einen anständigen, Teutschland rettenden Reichsfrieden gethan zu haben, können Se. preussische Majestet nach ihrem konstitutionswidrigen Separatfrieden, nach der konstitutions- und integritetswidrigen Neutralitätsdemarkation nur dann wieder erhalten, wenn sie noch einmal tüchtig und ernstlich auf die Franzosen losschlagen, und wenn Sie dies thun, ehe die Oesterreicher allein die Franzosen werden besiegt haben, weil hernach die Oesterreicher ihren Ruhm nicht werden theilen wollen.

Schluss.

Das hier angekündigte künftige Verhalten Preussens ist, mit Ausnahme aller Verwendung

für Separatfriedensschlüsse deutscher Stände, vollkommen zu billigen.

VII.

Endurtheil über die vorliegenden Note.

Wir haben gesehen, daß diese Note die hardenbergische Schritte, statt sie zu rechtfertigen, für unregelmäßig S. 64 - 67, gesetzwidrig S. 65, 69, vorgreifend S. 69, beleidigend S. 70, anerkennt. Wir haben gesehen, daß diese Note den preussischen Hof S. 66. 69. 71. 74. 82. 84. 93, den Herrn Grafen von Görtz S. 80, den Herrn Baron von Hardenberg S. 74. 76. 82, kompromittirt.

Es hat daher kein Bedenken, daß diese kurbrandenburgische Erklärung vom 25. September in der geschehenen Art dem preussischen Hofe nachtheilig seyn muß, und daß sie daher von seinen Kabinetministern entweder hätte unterlassen, oder ganz anders gefaßt werden sollen.

Es wäre also unbedenklich von diesen Herren zweckmäßiger gewesen, wenn sie weder sich, noch Herrn Grafen von Görtz, und Herrn Baron von Hardenberg kompromittirt hätten;

wenn sie entweder alles, was Hardenberg gethan, mit Stillschweigen übergangen, und mit wenigen Worten einer mislungenen Verwendung für einen Waffenstillstand erwehnt, oder gar die hardenbergischen Verhandlungen, falls sie nicht mehr unbemerkt gemacht werden konnten, förmlich defavouirt, und für einen irrigen Privateifer des Herrn von Hardenberg erklärt hätten.

So wären sie einer dem Kaiser und dem Reiche für das durch Hardenberg geschehene Vorgehen schuldigen Genugthuung ausgewichen.

Allein dies undiplomatische Benemen des preussischen Kabinets kann dennoch durch den bloßen mislungenen Versuch zu Basel, und durch die der ganzen Welt vor Augen liegende Unregelmässigkeit desselben genug gebüfset seyn.

Das fehlerhafte Benemen der preussischen Minister muß und darf keine Folgen auf Deutschlands Gefinnungen gegen seine Majestet den König von Preussen haben. Jedermann, der diesen großen Souverain kennt, verehrt seine Großmuth und seine Menschenliebe. Monarchen leiten nur die Geschäfte im Großen. Sie müssen das Detail ihren Ministern überlassen, sie

entwerfen nicht diplomatische Noten und Erklärungen.

In allen solchen Aktenstücken kann nur der einfache Hauptgedanke auf ihre Rechnung gesetzt werden. Ausführung, Einkleidung, Form dieses Hauptgedankens ist des Werk der Staatssekretaire.

Nun ist der Hauptgedanke dieser vorliegenden Note offenbar, das, was durch Hardenberg in Basel geschehen ist, gut zu machen.

Es liegt in der vorliegenden Erklärung unstreitig eine beabsichtigte Entschuldigung der hardenbergschen Schritte beym Kaiser und Reiche; ein Nachgeben in der vorher weit dringender begehrten Mitwirkung; und eine Näherung des Königs von Preussen gegen Seine kaiserliche Majestet.

Dass diese edle Schritte Sr. preussischen Majestet nicht in ganz zureichenden Ausdrücken geschehen sind, muss man der Eigenliebe der preussischen Minister zuschreiben, die ihnen nicht erlaubt, ihre beschriene Separatfrieden und Neutralitätsdemarkationen geradehin zu widerrufen. Allein diese falsche Schaam der preussischen Minister muss nicht der Dankbarkeit Ein-

trag thun, die wir dem Kurfürsten von Brandenburg, dem mächtigsten teutschen Stande nach dem Kaiser, für den edlen Zwek seiner vorliegenden Erklärung vom 15. Septb. schuldig find. Und es ist wohl unstreitig die Pflicht des Reichstags, diese kurbrandenburgische Entschuldigung für eine volle gelten zu lassen, und zu Vermeidung weiterer Irrungen im Reiche, und eines daraus zu besorgenden Bürgerkriegs, folgende Beschlüsse zu nemen:

1. Dafs alles, was vom Herrn von Hardenberg zu Basel geschehen ist, nach dieser kurbrandenburgischen Erklärung vom 15. September in völlige grosmüthige Vergessenheit zu stellen.
2. Dafs diese kurbrandenburgische Erklärung geneigt aufzunemen, dem Kurfürsten von Brandenburg thätige Beweise der darin enthaltenen patriotischen Versicherungen anzufinnen, er auch dabey zu überzeugen sey, dafs kein Separatfrieden und keine Neutralitätsdemarkation mit selbigen vereinbarlich seyn können.
3. Dafs sich vom Reichstage bey des Kaisers Majestet für den Kurfürsten von Brandenburg zu verwenden, damit Se. Majestet diese kurbrandenburgische Erklärung vom 15. September

gnädig aufzunehmen, und auch ihrer Seits das bisherige konstitutionswidrige Fenemen Kurbrandenburgs unter Verhoffung dessen völliger Abänderung und Verbefferung nicht weiter zu ahnden, sondern nach Zurückführung der kurbrandenburgischen konstitutionswidrigen Unternemungen auf die Wege der Konstitution in allergnädigste Vergeffenheit zu stellen geruhen mögen.

4. Dafs vom Reichstage bey Sr. Majestet dem Kaifer des Beyspiels wegen auf zweckmäfsige Mittel in Vermeidung und Verföhnung ähnlicher konstitutionswidriger Vorfälle anzutragen, und dafs

5. Also diese Erklärung Kurbrandenburgs überall zu Beförderung und Herstellung innerer Einigkeit der teutschen höchsten und hohen Stände zu benutzen,

Nachtrag.

I.

Nach einer Bekanntmachung, die in Nro. 287. vom 14 October des *Journal de Francfort*, nachdem diese Schrift schon größtentheils abgedruckt war, erfolgt ist, kommt in der gedruckten hardenbergischen Korrespondenz folgender Drukfehler vor: statt daß in den gedruckten Abschriften der hardenbergischen Note vom 24 Julius steht: *que la république n'hésitera pas d'accepter l'intervention efficace du Roi pour tout l'empire, et de connoître aux arrangemens militaires, d'autant plus &c.* mus man dem Originale gemäs lesen: *Et de consentir aux arrangemens preliminaires que Sa Majesté croit de devoir proposer, d'autant plus &c.*

Wir haben die Seite 5 bis 14 gelieferten Aktenstücke aus gedruckten Uebersetzungen genommen, die wir der auch gedruckten französischen Urschrift gleichfönnig gefunden haben. Nach ebengedachter Bekanntmachung aber mus oben auf der 9 Seite die 13 und folgende Zeilen so gelesen werden:

„Auch jezt kein Bedenken tragen wird, die
 „wirkfame Fürsprache des Königs für
 „das gefammte teutfche Reich an-
 „zunemen, und diejenigen preliminairen An-
 „ordnungen zu bewilligen, welche der Kö-
 „nig anzutragen nöthig findet.“

II.

Wir haben oben S. 49. die Schriften angeführt, die uns über die hardenbergische Eröffnung der Friedensunterhandlungen zu Basel zu

Handen gekommen sind, und welche sämmtlich gegen diesen Minister gerichtet waren.

Wir erhalten eben bei Endigung des Abdruckes unserer Schrift die erste zu seiner Vertheidigung geschriebene Flugschrift, und können nicht umhin, unsere Unparteilichkeit durch Anführung derselben, und durch Erwähnung ihres Inhalts zu beweisen.

Der Titel ist der nemliche, den das obenangeführte Gutachten eines Komitialgesandten hat. Die Form des Titels ist Zeile für Zeile dieselbe. Der ganze Unterschied beyder Titel besteht darin, daß auf dem ältern wider Hardenberg geschriebenen steht: Regensburg den 31 August 195, und auf dem spätern für ihn: rechtmässige Auflage. 1795. Auf jenem wird Comitial, auf diesem Komizial geschrieben. Das ältere hat 8 Seiten, das neuere 20.

Der Druk des ältern ist in dem neuern völlig nachgeahmt. Man würde nicht entscheiden können, welches dieser beiden Gutachten das Original, und welches die Nachahmung sey, wenn der Verfasser des Gutachtens für Hardenberg, sich nicht selbst in der Nachschrift S. 15. verrathen hätte. Er sagt allda, daß ihm von ungefehr bei der Vollendung seiner Schrift eine bereits im Drukke erschienene Flugschrift in die Hände gefallen sey, in der er zu seinem Erstauen denselben Stof sogar unter gleichlautendem Titel dargestellt gefunden.

Er hätte sagen sollen: nicht bloß unter gleichlautendem, sondern unter sogar fast ganz gleichförmigem Titel. Denn die Abtheilung der Zeilen des Titels, die Gattung der Schriften, alles ist ganz gleich, so daß es in die Augen fällt, daß ein Titel den andern nachgeahmt hat. Hätte aber der Vertheidiger Hardenbergs jene

Nachschrift nicht gemacht, so würde der Leser beinahe zwischen beiden Gutachten haben unschlüssig bleiben können, welches die Nachahmung sey.

Ohne uns weiter bey diesem nun verfehlten Einfalle aufzuhalten, wenden wir uns zur Darstellung der Gründe, womit Hardenberg entschuldigt wird.

1. Derjenige, heist es, der zur schnellen Genesung eines Todkranken zweckmäßige, durchgreifende Mittel wähle, verdiene als Retter Dank, selbst dann noch, wenn er nicht dazu ausdrücklich berufen, nicht von einer Fakultet konstituiert sey; eine Fakultet kurire den Kranken methodischer, lasse ihm aber unter den Zurüstungen Zeit seinen Abschied zu nehmen. (S. 3)

Nimmer würden wir dieses Gleichnis einem Schriftsteller vergeben, sogar, wenn er in der Absicht schriebe, das preussische Kabinet gehässig zu machen. Das ganze Raisonnement, ist das der Urindoktoren gegen approbirte Aerzte. Und es fällt in die Augen, wen der Verfasser hier unter Fakultet, und wen er unter dem Gegensatze eines graduirten Arztes meint. Und das thut ein Vertheidiger Hardenbergs und des preussischen Kabinets! Fast find wir versucht zu fragen: Ubi Judicium? oder wird der Verfasser etwa antworten, dass auch der brave Homer zuweilen kopfknickte?

Nein die preussische Verwendung in einer preussischen Schrift, mit der Verwendung eines Harnarztes verglichen zu sehen? Was man nicht alles heut zu Tage lesen mus!!!

Es ist nun schon allgemein bekannt, dass Frankreich den ganzen burgundischen Kreis, Lüttich, und einige andere dergleichen Kleinig-

keiten durch den künftigen Frieden von Teutschland abgrenzen will. Und auch solchen ungerufenen Harnarzt, der eine Amputazion zum durchgreifenden Rettungsmittel der Genesung wählt, sollen wir als Retter dankbarlich verehren, und die methodische Kur der Fakultet ausschlagen? Was die preussischen Schriftsteller nicht alles für neue Wahrheiten erfinden!!!

2. Teutschland, heist es weiter, sey ganz erschöpft, könne nur durch einen schnellen, vortheilhaften Frieden aus dem Tode ins Leben zurückgerufen werden. (S. 3.)

Teutschland erschöpft? Ein Friede, der anderthalb Kreise ihm abreist ein vortheilhafter Friede? O die braven preussischen Schriftsteller!

3. Der König von Preussen habe einen vorläufigen Versuch machen wollen, auf was für einen Grund sich die künftigen Friedensunterhandlungen mit Frankreich festsetzen liessen. (S. 4)

Dies hat der König von Preussen thun wollen, von dem Hardenberg sagt: „*le Roi propose sans entrer dans le fond de la negociation même.*“ Man kann also, *sans entrer dans le fond de la negociation*, erfahren, auf was für einen Grund sich Frieden machen liesse? O die braven preussischen Schriftsteller!

Der König von Preussen, als er den 5 April Separatfrieden schloß, als er den 17 Mai die selige Demarkationslinie schuf, hat nicht gewußt, auf welchen Grund sich mit Frankreich Frieden machen liesse? Was die preussischen Schriftsteller nicht alles dem Leser zu glauben anmuthen!

4. Durch Hardenbergs Propositionen hätte man viel edele Zeit gewonnen, welche eine langsam ausdrückende Reichsdeputation nur verschleudere. (S. 5.)

Dafs sie doch noch immer zu Hause bleibe, so lange Clerfuit und Wurmser dem teutschen Reiche zu Erreichung eines allgemeinen die Integritet und die Verfassung des Reichs sichernden Friedens ihre beihilffliche Verwendung und Mitwirkung eintreten lassen! Diese grosse Feldherren haben die edle Zeit besser genutzt als Hardenberg.

5. Beym Reichsgutachten vom 3 Julius hätten die teutschen Fürsten, selbst wenn es der Kaiser nicht sanktionirt hätte, aus Pflichten der Selbsterhaltung beharren müssen. (S. 6.)

Beharren? Also gegen den Kaiser Konfederation, nein Insurrection machen sollen? Die Fürsten Teutschlands haben die ein Recht auf ihre Selbsterhaltung zu denken, da wo es auf Teutschlands Erhaltung ankommt? O der neuen Lehren preussischer Schriftsteller!

6. Eines teutschen Reichsfürsten erste Pflicht sey Glückseligkeit seiner eigenen Unterthanen. (S. 6.)

Herrlich! Also lauter Privatinteresse, kein Nationalinteresse mehr! Wenn Ludwig XIV. wieder auferstehen könnte, wie er sich freuen würde!

7. Der Kaiser könne nur in minderwichtigen Fällen von Reichsgutachten abgehen. (S. 6.)

Wieder etwas Neues und sehr Absurdes. Der Kaiser ist der letzte und einzige Punkt, in welchem wir teutsche Nation sind. Ihn kann nie ein Reichsgutachten überstimmen.

8. Ludwigs Veto habe Frankreich ins Unglück gestürzt. (S. 6.)

Wie dieser Schriftsteller von Begebenheiten urtheilt, die vor unsern Augen geschehen sind!

Fast sollte man glauben, er wolle uns eine französische Revolution androhen!

9. Also hätte, denn das ist der Schluss, der hieraus gezogen wird, das Reichsgutachten auch vor Eingang der kaiserlichen Ratifikation, Hardenbergs Schritte bevollmächtigt. (S. 7.)

Diese Schritte, die alles Preussen allein zu-eigneten, was der Kaiser in seinem und des Reichs Namen thun sollte? Welche Logik!

10. *Un Conclusum passé dans toutes les formes* heisse ein förmliches Gutachten aller drei Reichskollegien. (S. 7.)

Welche Sprachkenntnis!

11. Hardenberg habe vorhersehen können, dass, wenn der Kaiser das Gutachten vom 3 Julius auch nicht genemigt hätte, der Inhalt doch dem Feinde würde vorgelegt werden. (S. 8.)

Das wäre viel Energie vom Reichstage gewesen!

12. Jeder Reichsstand habe eben die Anträge machen können als Hardenberg. (S. 9.)

Und da soll Teutschland nicht in Verwirrung kommen!

13. Es sey nur ein Wortspiegelgefechte, wenn man in Annahme der preussischen Verwendung eine Hinweisung auf Verschaffung eines konstitutionellen, dauerhaften Frieden erblicken wolle. (S. 10.)

Also soll man lieber einen unkonstitutionellen, undauerhaften Frieden darin erblicken? Großer Gott! was für ein Zeug ist das?

14. Ob *majora* im Fürstenrathe, welche die preussische Verwendung verlangt hätten, *fania* gewesen, verändere die Sache nicht. (S. 11.)

Fein gesagt!

15. Man müffe auf dem Reichstage altfürstliche Stimmen von Prekairen unterscheiden. (S. 11.)

Zur Zeit find die altfürstlichen Stimmen oft die am wenigsten patriotischen, also behüte uns für ihr Uebergewicht, lieber Herre Gott!

16. Es kämen beim Reichstage Drohungen, Intriguen vor. (S. 12.)

Warum nennt und rügt man die nicht? Hat der Reichstag gar keine Energie mehr?

17. Wenn Frankreich Hardenbergs Anträge angenommen hätte, würde sich Teutschland gefreuet, der Kaiser geärgert haben. (S. 13.)

Und das kann ein redlicher Teutscher wünschen? Wenn unser Kaiser keine Auktoritet mehr hat, sind wir Teutsche eine Nation von Maulaffen und Hundsvöttern.

18. Hardenberg habe hier nicht als brandenburgischer, sondern nur als preussischer Minister gehandelt. (S. 13.)

Aber er spricht doch ausdrücklich von seinem Könige als teutschen Mitstande.

19. Der Schlus von allem ist, das das Reich Herrn von Hardenberg!! angehen solle, seinen! Eifer nicht erkalten zu lassen —

Wer könnte noch weiter abschreiben? Fast möchten wir, wie Herr von Ompteda, vom ersten Gutachten sagen, das es ein Spaasmacher geschrieben hat. Wir überlassen es dem in dieser Nachamung angezapften Komizialgesandten, sich darüber im Intelligenzblatte der Jenaer Literaturzeitung zu erklären. Wir wünschen aber dem Herrn von Hardenberg einen bessern Vertheidiger, denn wir wünschen mit seinem Könige, das bald im teutschen Reiche völlige Einigkeit sey!

Hügel, Johann Alois Josef von,

Beurtheilung der Note, welche der Kurbrandenburgische Komitial Gesandte
Graf von Goerz, den 15ten September 1795 dem Reichstage zu Regensburg ü
bergeben hat

Regensburg den 30. Sept. 1795

J.publ.g. 193#Beibd.2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10559100-5

VD18 14732580-001